



ZUKUNFTSFORUM  
POL



105 | 2010  
Patrick Moreau

Freiheit oder  
Sozialismus:  
Die Linke in  
Nordrhein-Westfalen



ISBN 978-3-941904-68-2

[www.kas.de](http://www.kas.de)



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

## INHALT

5		1. EINFÜHRUNG	
7		2. DIE LINKE.NRW: GRAVITATIONSFELD EINES LINKSEXTREMISTISCHEN PLURALISMUS	
		2.1 Die PDS .....	7
		2.2 Die WASG.....	7
		2.3 Die Linke.....	12
16		ANALYSE DES WAHLPROGRAMMS „DIE LINKE.NRW – LANDTAGSWAHL 2010“	
		3.1 Transformation der Gesellschaft .....	18
		3.2 Demokratisierung der Demokratie.....	17
		3.3 Antifaschismus – Antirassismus .....	29
		3.4 Umweltpolitik.....	36
		3.5 Friedenspolitik.....	37
		3.6 Drogenpolitik: Das „Recht auf Rausch“ .....	41
		3.7 Bildungspolitik.....	42
54		ZUSAMMENFASSUNG: EIN KREUZZUG GEGEN DIE FREIHEIT	
69		DER AUTOR	
69		ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch  
elektronische Systeme.*

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

ISBN 978-3-941904-68-2

## 1. EINFÜHRUNG

**Neues Deutschland: Vertreten Sie heute radikalere Ansichten als zu jener Zeit, da Sie SPD-Vorsitzender waren, hat die Erfahrung mit der LINKEN Ihre politischen Auffassungen verändert?**

*Lafontaine: Ja. Ich habe mich ein Leben lang und vor allem in den letzten Jahren mit der Politik der Parteien der Arbeiterbewegung, ihren Fehlern und ihren Erfolgen auseinandergesetzt und immer wieder versucht, zu den Wurzeln, das heißt für mich radikal, zurückzukehren. Dazu gehören die Maximen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs „Nieder mit dem Krieg“ und „Ohne Sozialismus keine Demokratie“. Übersetzt heißt das, ohne eine Wirtschaftsordnung, die das Eigentum und die Verfügung darüber denen gibt, die es erarbeitet haben und ohne eine breite Streuung des Eigentums und des Vermögens gibt es keine demokratische Gesellschaft.<sup>1</sup>*

Das Wahlprogramm *DIE LINKE.NRW – Landtagswahl 2010*, aber auch die Positionen der Arbeitsgemeinschaften (AGs), Interessengemeinschaften (IGs), der Bundestagsfraktion der *Linken* und der Bundespartei beweisen, dass ihr Gesellschaftsmodell von den Begriffen Antikapitalismus, Antiimperialismus, Antifaschismus und Friedenspolitik dominiert wird und dass ihre Ziele egalitärer Natur sind. Dies gilt für die gesamte Partei, unabhängig von der Existenz verschiedener Strömungen. Die programmatischen Texte überraschen oft durch die Radikalität bestimmter Formulierungen, etwa in der Drogenpolitik, bei der Frage von Verstaatlichungen oder der Einführung von Räten. Häufig pflegt *Die Linke* aber auch einen sozialdemokratischen oder altermondialistischen<sup>2</sup>

Sprachduktus. Um die Partei wirklich zu verstehen, müssen wir uns zunächst dieser Vielfalt zuwenden. Zu den grundlegenden Themen, die für eine Bilanz der Partei *Die Linke* 2010 unverzichtbar sind, gehören die Fragen der Utopie (Vorrang der Gleichheit oder der Freiheit?) und der „ideologischen Gründungsväter“ (Karl Marx oder Wladimir Iljitsch Lenin), der Menschenrechte und des Verhältnisses zu den Spielregeln und Institutionen, die die Grundlage moderner Demokratien bilden: Parteienpluralismus, Parlamentarismus, Gewaltenteilung. Die Prüfung der ökonomischen und sozialen Thesen der Partei in NRW soll diese Untersuchung vervollständigen, weil sie uns Hinweise auf Umfang und Tiefe der von ihr angestrebten „Transformation“ der Gesellschaft liefert. Auf dieser Basis wird die Frage beantwortet werden, ob *Die Linke* eine „normale“ demokratische Partei ist.

- 1] „Man muss DIE LINKE an dem erkennen, was sie in keinem Fall machen wird“, ND-Gespräch mit OSKAR LAFONTAINE (13. Februar 2010), in: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/165005.man-muss-die-linke-an-dem-erkennen-was-sie-in-keinem-fall-machen-wird.html>.
- 2] Der Begriff „Altermondialismus“ beschreibt eine politische und soziale antikapitalistische Bewegung von Gruppen und Intellektuellen unterschiedlicher politischer Richtungen. Die Altermondialisten lehnen die wirtschaftliche Logik der neoliberalen Globalisierung ab. Häufig sind sie Verfechter einer marxistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Die Altermondialisten sammeln sich um die Losung „Eine andere Welt ist möglich“ bzw. seit einiger Zeit „Andere Welten sind möglich“. Der Altermondialismus hat zwei Flügel: Der eine ist reformorientiert und gewaltfrei (ATTAC, Weltsozialforen) und strebt beispielsweise die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen an („Tobin-Steuer“). Der revolutionäre Flügel akzeptiert die Anwendung von Gewalt, um das System zu zerschlagen. Beide Flügel teilen jedoch eine Reihe von theoretischen Analysen: Ablehnung der Politik der internationalen Institutionen wie Welthandelsorganisation (WTO), Internationaler Währungsfonds (IWF), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), G8 und Weltbank; Forderung nach Demokratisierung der Gesellschaften und wirtschaftlicher Gerechtigkeit; Verteidigung der Autonomie der Völker; Umweltschutz; Erhalt bzw. Anerkennung der fundamentalen Menschenrechte; Forschung nach globalen und systemischen Alternativen zur internationalen Finanz- und Handelsordnung. Siehe: Patrick Moreau / Eva Steinborn: „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung, Hanns-Seidel-Stiftung, aktuelle Analysen 38, München 2005.

## 2. DIE LINKE.NRW: GRAVITATIONSFELD EINES LINKS- EXTREMISTISCHEN PLURALISMUS

### 2.1 DIE PDS

Von 1991 bis 2005 gelang es der PDS nicht, in den alten Bundesländern Wurzeln zu schlagen. In NRW hatte die Partei 1992 101 Mitglieder, die zuvor praktisch ohne Ausnahme Mitglieder des Erneuererflügels der DKP gewesen waren. Zwischen 1993 und 2005 traten der Partei fast ausschließlich Mitglieder oder frühere Mitglieder der extremen Linken bei (siehe Tabelle 1, Seite 10).

### 2.2 DIE WASG

Die „neoliberale“ Politik von Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde zum entscheidenden Faktor für die Gründung der WASG. Seit 2000 lehnten immer mehr Gewerkschafter und Sozialdemokraten die Regierungspolitik der SPD ab. Gemeinsam mit Aktivisten höchst unterschiedlicher Provenienz schufen sie zwei Strukturen:

- Die Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit wurde von Mitgliedern des Gewerkschaftsflügels der SPD, wie Klaus Ernst<sup>1</sup> aus Schweinfurt und Gerd Lobodda<sup>2</sup> aus Nürnberg gegründet. Zu den Initiatoren gehörte auch Prof. Dr. Herbert Schui<sup>3</sup>, Mitglied der Bremer Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“. Schnell wurde die Initiative für viele kritische linke Gewerkschafter attraktiv.

Tabelle 1: Mitgliederstand der PDS (1991-2005)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Baden-Württemberg		65	102	188	206	209	266	306	404	410	433	499	470	466	624
Bayern		61	104	278	156	225	218	302	398	460	503	524	457	439	601
Bremen				50	97	110	112	137	169	199	188	197	160	158	168
Hamburg		156	166	171	180	160	147	152	187	229	233	332	341	348	388
Hessen		104	150	276	266	265	274	400	486	532	528	501	477	481	637
Niedersachsen		87	122	225	232	285	296	406	496	520	620	725	667	667	880
Nordrhein-Westfalen		101	175	498	548	490	556	831	1215	1105	1138	1361	1219	1135	1583
Rheinland-Pfalz		19	31	84	105	95	101	152	182	214	229	250	250	258	411
Saarland		2	8	35	51	46	40	104	101	83	101	120	100	108	300
Schleswig-Holstein		22	33	66	64	58	64	127	135	207	199	199	237	260	364
Berlin		27062	23633	22176	21373	19427	18319	17316	15463	14273	12558	11056	10385	9423	9311
Brandenburg		22864	20679	18258	17950	16962	15793	14950	14271	13427	12883	11597	10894	10428	10178
Mecklenburg-VP		18170	15857	14154	13246	11846	11433	10614	10015	9455	8636	7990	7534	7110	6793
Sachsen		39876	34294	32853	29910	27401	25125	24333	22281	20871	19696	17.572	15.969	15280	14607
Sachsen-Anhalt		20984	19470	18270	15726	13861	12985	12107	11141	10321	9658	8186	7.631	6434	6576
Thüringen		17130	16530	16137	14748	13479	12740	12210	11470	11002	10052	9482	8778	8232	7681
beim PV		39	26	?	?	11	?	?	180	170	190	214	184	158	168
gesamt	172579	146742	131406	123751	114940	105029	98624	94627	88594	83478	77845	70805	65753	61385	61270
zusammen Ost		146086	130463	121848	112953	102976	96395	91530	84641	79349	73483	65883	61191	56907	55146
zusammen West		617	891	1871	1905	1943	2074	2917	3773	3959	4172	4708	4378	4320	5956

Quelle: Parteivorstand

- Die „Wahlalternative 2006“ hatte ihren Ursprung in Berlin. Zunächst eine Reaktion auf den Sparkurs des Berliner Senats, gehörten ihr zahlreiche Anhänger Oskar Lafontaines an, die 1999 der SPD den Rücken gekehrt und bei der PDS eine neue Heimat gesucht hatten. Aus Ärger über den Kurs des rot-roten Senats engagierten sie sich nun für die Wahlalternative 2006. Zu deren wichtigen Repräsentanten zählten der frühere Bundesgeschäftsführer der PDS, Uwe Hikschr<sup>4</sup>, der Gewerkschafter Ralf Krämer<sup>5</sup>, Joachim Bischoff<sup>6</sup> und der Ökonom Axel Troost<sup>7</sup>.

Die beiden Initiativen erkannten rasch die Schwäche, die aus ihrer jeweiligen Isolation erwuchs und entschlossen sich zur Fusion. Am 03./04. Juli 2004 wurde in Berlin die „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ als Verein gegründet.<sup>8</sup> Am 22./23. Januar 2005 nahm er die Rechtsform einer Partei an. Ziel war die Teilnahme an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und auf mittlere Sicht an der für 2006 geplanten Bundestagswahl.

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 endete mit einem Achtungserfolg für die WASG: Sie wurde von 181.988 Menschen gewählt, erhielt also 2,2 % der abgegebenen Stimmen.<sup>9</sup> Dieses Ergebnis hatte sie ohne die direkte Unterstützung Oskar Lafontaines erreicht. Er hatte zunächst die Wirkung der Liste auf das SPD-Wählerpotenzial abgewartet. Der WASG gelang es, 50.000 ehemalige SPD-Wähler für sich zu gewinnen.<sup>10</sup> Überdurchschnittlich erfolgreich mobilisierte die Protestpartei Arbeitslose (9 %), Gewerkschaftsmitglieder (4 %) und Konfessionslose (4 %). Dieser Trend bestätigte sich bei der Bundestagswahl 2005 auch für die Linkspartei.

Nach dieser Landtagswahl musste die WASG eine strategische Entscheidung treffen: Sie wusste, dass sie keine Chance hatte, bundesweit die Fünfprozenthürde alleine zu überwinden. Deshalb sah sie sich gezwungen, eine Strategie und einen Bündnispartner zu suchen. Am 3. Juni 2005 kündigte Gregor Gysi an, er werde bei der Bundestagswahl als Spitzenkandidat der PDS antreten und plädierte für ein Bündnis mit der WASG. Mit Gysi und Lafontaine als Befürwortern beschleunigte sich die

Entwicklung: Am 10./11. Juni einigten sich PDS und WASG auf einen gemeinsamen Antritt bei der Bundestagswahl. WASG-Mitglieder, darunter viele Trotzlisten und DKP-Mitglieder, sollten auf den offenen Listen der PDS kandidieren. Die Linkspartei.PDS<sup>11</sup> übernahm praktisch die komplette Finanzierung des Wahlkampfes und gleichzeitig die Kontrolle über dessen programmatisches Angebot<sup>12</sup> und technische Ausgestaltung. Auf der organisatorischen Ebene war der Wahlkampf von gegenseitigem Misstrauen geprägt, aber das Tandem Lafontaine-Gysi sorgte für Dynamik und Erfolg.

Vor der Bundestagswahl 2005 hatte die WASG eine eigene Identität entwickelt, die sich von derjenigen der Linkspartei.PDS unterschied:

Die WASG-Mitglieder kamen hauptsächlich aus vier politischen Strömungen: Linke Sozialdemokraten, die mit der SPD gebrochen hatten, darunter auch Sympathisanten der „antimonopolistischen“ und „pazifistischen“ DKP-Parteilinie vor 1989; vormals sozialdemokratische oder kommunistische Gewerkschafter; PDS- und Ex-PDS-Mitglieder, die die dominierende Linie der Reformer kritisierten; schließlich praktizierten linksextremistische, insbesondere trotzkistische Aktivisten in der WASG ihre gewohnte Unterwanderungstaktik. Zu finden waren ferner einige ATTAC-Mitglieder, die ihrer Organisation den Verzicht auf jede eigene Strategie bei Wahlen vorwarfen, aber auch zahlreiche Migranten.<sup>13</sup>

Zum Umfeld der neuen Partei gehörten die Memo-Gruppe und die Zeitschrift Sozialismus.<sup>14</sup> Sie hatten bei der Konzeption des WASG-Programms eine wichtige Rolle gespielt.

Seit Sommer 2005 wurde deutlich, dass sich die mittelfristige politische Strategie dieser vier Hauptströmungen mindestens eben so stark unterschied wie deren Einschätzung des Partners „Linkspartei.PDS“. Die einzige bundesweit bekannte Persönlichkeit an der Spitze der Partei war Oskar Lafontaine.

Die WASG war personell und finanziell schwach.<sup>15</sup> Die Mitgliederzahl stagnierte: Im Dezember 2005 hatten 11.555 und im März 2006 11.844 Personen einen WASG-Mitgliedsausweis.<sup>16</sup> Die Partei konnte in dieser Zeit also nur 289 Beitritte verzeichnen. Die dynamische Mitgliederentwicklung von 2004/2005 schien gestoppt. WASG und Linkspartei.PDS waren von ihrer Bedeutung nicht vergleichbar: Die 11.844 Mitglieder der WASG

entsprachen gerade 18 % der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS. Dazu war die WASG in den neuen Bundesländern praktisch nicht existent.

*Tabelle 2:*

*Die Mitgliederzahlen der Linkspartei.PDS und der WASG im Osten*

	PDS Dez. 2004	WASG 31. Mai 2005	WASG 30. Juni 2005	WASG 30. Sept. 2005	Linke.PDS Dez. 2005	WASG April 2006
Zusammen Ost	56907	* mit Berlin 679	* mit Berlin 983	* mit Berlin 1494	55265	* mit Berlin 1742
Zusammen West	4320	* ohne Berlin 5000	* ohne Berlin 6276	* ohne Berlin 8762	6057	* ohne Berlin 10069
Gesamt	61385	5795	7259	10813	61489	11830

Im Westen dagegen verfügte sie über etwa ein Drittel mehr Mitglieder als die Linkspartei.PDS.<sup>17</sup>

*Tabelle 3:*

*Die Mitgliederzahlen der Linkspartei.PDS und der WASG im Westen*

	PDS Dez. 2004	WASG 31. Mai 2005	WASG 30. Juni 2005	WASG 30. Sept. 2005	Links.PDS Dez. 2005	WASG April 2006
Baden-Württemberg	486	606	780	899	624	1279
Bayern	439	672	822	904	615	1222
Bremen	158	104	109	117	168	185
Niedersachsen	481	558	731	1165	637	1249
Hamburg	348	220	288	396	388	424
Hessen	481	396	570	922	637	1068
Nordrhein-Westfalen	1135	1738	2049	2889	1703	3012
Rheinland-Pfalz	258	301	387	614	402	707
Saarland	108	214	288	524	280	560
Schleswig-Holstein	260	191	252	332	365	363
Total West	4320	5000	6276	8762	6057	10069

Quelle: Linkspartei.PDS-Parteivorstand; WASG-interne Auskünfte

Einer der wenigen Pluspunkte der WASG war, dass sie soziologisch<sup>18</sup> gesehen jünger war als die Linkspartei.PDS. Außerdem stand sie in engerem Kontakt mit der Arbeitswelt und den verschiedenen Gewerkschaften (29 % der WASGler waren Gewerkschafter).

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 erreichte das Linksbündnis 8,7 % der Stimmen. Die Abgeordneten der WASG und der Linkspartei.PDS gründeten im Bundestag eine gemeinsame Fraktion. Im März 2007 wurden auf einem Doppelparteitag der Linkspartei.PDS und der WASG in Dortmund endgültig die Weichen für eine Fusion gestellt. Bei einer darauf folgenden Urabstimmung in beiden Parteien stimmten 96,9 % der Mitglieder der Linkspartei.PDS und 83,9 % der WASG-Mitglieder für die Fusion. Am 16. Juni 2007 fand der Gründungsparteitag der Partei *Die Linke* in Berlin statt.

### 2.3 DIE LINKE IN NRW

2006 nahm die Zahl der Linkspartei.PDS-Mitglieder in NRW zu, denn ein Teil der WASG-Mitglieder traten ihr bei. Zwar erwies sich diese Fusion als schwierig, aber der *Linken* gelang es seit 2007, neue Mitglieder zu gewinnen. Diese Entwicklung scheint sich auch 2009 fortgesetzt zu haben.

Tabelle 4: Mitgliederzahlen (Stand: September 2009)

Bundesland	Stand (a) 31.12.2006	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2008	Stand 30.09.2009
Baden-Württemberg	1.730	2.214	2.639	2.813
Bayern	1.654	2.374	3.225	3.160
Berlin	9.511	9.105	9.008	9.340
Brandenburg	9.856	9.319	9.127	9.036
Bremen	359	453	492	494
Hamburg	815	996	1.289	1.380
Hessen	1.587	2.001	2.610	2.696
MV	6.515	6.042	5.833	5.758
Niedersachsen	1.978	2.546	2.864	3.180
NRW	4.126	5.905	7.764	8.584
Rheinland-Pfalz	1.035	1.450	1.655	1.879
Saarland	1.018	2.639	3.065	3.360
Sachsen	14.248	13.280	12.682	12.358
Sachsen-Anhalt	6.521	6.124	5.720	5.583
Schleswig-Holstein	674	815	1.066	1.115
Thüringen	7.481	7.070	6.850	6.830
Gesamt	69.282(b)	71.711(c)	75.968(d)	77.645(e)

Anmerkungen: (a) beide Vorgängerparteien zusammen; (b) ergibt sich aus der Summe der Landesverbände und 174 Mitgliedern bei den beiden Parteivorständen; (c) ergibt sich aus der Summe der Landesverbände und 113 Mitgliedern beim Parteivorstand; (d) ergibt sich aus der Summe der Landesverbände und 79 Mitgliedern beim Parteivorstand; (e) ergibt sich aus der Summe der Landesverbände und 79 Mitgliedern beim Parteivorstand

Mit etwa 9.000 Mitgliedern in ganz NRW kann *Die Linke* nicht vor Ort präsent sein. Es sind ihr nur punktuelle Kampagnen möglich. Im Wesentlichen sind ihre Wahlkampagnen virtueller Natur und erfolgen über das Internet. Der Landesverband profitiert vor allem von der Anziehungskraft Oskar Lafontaines.

„Ursächlich für das Interesse an einer Verschiebung der Beschlussfassung über das Programm war folgende Überlegung: Bis zum Jahresende amtierenden noch die einschätzbaren vor anderthalb Jahren gewählten Delegierten. Für einen Parteitag im kommenden Jahr wären neue Delegierte zu wählen. Darunter würden sich nach Einschätzung aller Beteiligten viele in den letzten beiden Jahren der Partei beigetretene Mitglieder befinden. Unter diesen rechnet sich der rechte Parteiflügel mehr Unterstützer einer realpolitischen Linie aus. Da der linke Parteiflügel fürchtet, dass diese Einschätzung richtig sein könnte, setzte er auf eine Beschlussfassung noch auf der Grundlage der relativ sicheren linken Parteitagsmehrheit.“<sup>19</sup>

Die Kräfteverhältnisse zwischen den politischen Flügeln in NRW haben sich zwischen 2006 und 2010 geändert. Bis Ende 2007 bestand *Die Linke* in NRW praktisch nur aus Vertretern einer harten antikapitalistischen Linie, ob es sich um ehemalige WASG-Mitglieder oder um PDS-Mitglieder aus den Jahren 1992-2005 handelt. Dies gilt auch für die Studierendenverbände wie für die Jugendorganisationen auf allen Organisationsebenen. Die Situation hat sich zwischen 2008 und heute jedoch verändert. Zwar liegen keinerlei empirische Daten vor, aber die Debatten um die Nominierung der Vorstände der Gliederungen zeigen, dass ein großer Teil der neuen Mitglieder linke Gewerkschafter oder Kritiker der SPD und ihrer Verwaltung des Kapitalismus (Hartz IV) sind. Aber sie stehen nicht hinter revolutionären Positionen vom Typ Antikapitalistische Linke, KPF oder Geraer Dialog.

Die Biographien der Parteikader (über die Landesliste NRW gewählte MdBs, Landesvorstand, Kreisvorstände, Basisgruppen, AG-Verantwortliche) sind nur teilweise bekannt. Die analysierten Biographien zeigen jedoch die Dominanz der „Altkader“ der extremen Linken oder ihrer Frontorganisationen der Zeit vor 1989. Dies liegt an der Geschichte der *Linken* in NRW. Dieser Personenkreis verfügt auf allen Ebenen der Organisation über Kenntnis der Techniken der Manipulation der Mitglieder, die keine politische Vergangenheit haben oder nur die Welt der Sozialdemokratie gekannt haben. Zwar wandelt sich das Kräfteverhältnis zwischen diesen beiden Typen von Mitgliedern. Schnelle Änderungen

sind aber nicht zu erwarten. Die Gruppe der linken Gewerkschafter, die aus der DKP-Gewerkschaftsorganisation, aus der WASG oder aus dem DGB stammen, bildet eine besonders heterogene spezifische Gruppe. Ihr gehören einige Schwergewichte des revolutionären Flügels an, etwa Ulla Lötzer MdB, aber auch zahlreiche Befürworter einer Annäherung an die SPD mit dem Ziel der Machtbeteiligung, z.B. Helmut Eigen, Landtagskandidat, ver.di- und ATTAC-Mitglied, Mitglied des Landesvorstandes und sozialpolitischer Sprecher der *Linken* in NRW.

Dies bedeutet keineswegs, dass die „Revolutionäre“ ein Regierungsbündnis mit der SPD tatsächlich ablehnen würden. Die Strategie lautet vielmehr, den Preis für eine Regierungsbeteiligung möglichst hoch zu treiben.

- 1| Klaus Ernst: 1985 - 1995 Gewerkschaftssekretär, zuständig für Organisation, Bildungsarbeit und Sozialpläne. 1995 wurde Ernst in Schweinfurt zum IG-Metall-Bevollmächtigten gewählt, Mitglied der SPD 1974-2005.
- 2| Gerd Lobodda: Gewerkschaftssekretär, 36 Jahre Mitglied der SPD und Nürnberger IG-Metall-Chef.
- 3| Prof. Dr. Herbert Schui: Ab 1980 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg, Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik gemeinsam mit Jörg Huffs Schmidt im Sommer 1975. Siehe <http://www.herbert-schui.de>.
- 4| Uwe Hiksich wurde 1994 erstmals für die SPD in den Bundestag gewählt. 1998 errang er das Direktmandat in seinem Heimatwahlkreis Coburg/Kronach. Nach seinem Austritt aus der SPD 1999 trat er der PDS bei. In deren Bundestagsfraktion hatte er das Amt des europapolitischen Sprechers inne. Hiksich war von Oktober 2002 bis Juni 2003 Bundesgeschäftsführer der PDS.
- 5| Ralf Krämer war als Sekretär beim Bundesvorstand der Dienstleistungsgesellschaft ver.di zuständig für den Bereich Wirtschaftspolitik. Der Dortmunder war JuSo-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen und gehörte kurze Zeit dem SPD-Landesvorstand an. 1999 trat er aus der SPD aus und wurde zwei Jahre später PDS-Mitglied. Er ist Vorstandsmitglied der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung in Nordrhein-Westfalen. Krämer gilt als Initiator der Wahlalternative.
- 6| Joachim Bischoff ist Mitherausgeber der in Hamburg erscheinenden gewerkschaftsnahen Zeitschrift „Sozialismus“. Von 1990 bis 2004 gehörte er der PDS an. Viele Jahre arbeitete er im Parteivorstand mit. Bischoff war zudem Mitglied der Grundsatzkommission der PDS.
- 7| Alex Troost war Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Bremen und dort Mitglied der „AG Alternative Wirtschaftspolitik“.
- 8| Siehe: <http://www.wasg-verein.de>.
- 9| Siehe Viola Neu: Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005. Wahlanalyse. Berlin, Mai 2005, in: [www.kas.de/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_6693\\_1.pdf](http://www.kas.de/7_dokument_dok_pdf_6693_1.pdf).
- 10| Von der CDU, den Grünen und der FDP kamen jeweils 10.000 Wähler; von den anderen kleinen Parteien insgesamt 30.000 Stimmen. Aus dem Nichtwählerlager mobilisierte sie 60.000 Stimmen.

- 11| Im Juli 2005 benannte sich die PDS in Linkspartei.PDS um.
- 12| Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG, in: [http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/protokolle/programm/view\\_html?zid=31907&bs=1&n=1](http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/protokolle/programm/view_html?zid=31907&bs=1&n=1).
- 13| Im Westen zog die Linkspartei.PDS/WASG eine wachsende Zahl von Mitgliedern oder Sympathisanten türkischer Aleviten und kommunistischer und kurdischer Gruppierungen an. Letztere stehen der (offiziell aufgelösten) terroristischen PKK, der KOMKAR oder KADEK nahe. Auf der Liste der Bundestagskandidaten in Nordrhein-Westfalen standen so Deutsche türkischer oder kurdischer Abstammung mit einer langen aktivistischen Vergangenheit, etwa der in den erweiterten Bundesvorstand der WASG gewählte Aksim Müller-Bozkurt.
- 14| Siehe <http://www.memo.uni-bremen.de> und <http://www.sozialismus.de/socialist>.
- 15| Siehe Thomas Händel: Die Organisation & die Finanzen der WASG 2005/2006, Manuskript, 30. April 2006.
- 16| 2005 war die WASG rapide gewachsen.
- 17| Die Angaben der West-Landesverbände der Linkspartei.PDS für Ende 2005 beinhalten auch die WASG-Mitglieder mit den Doppelmitgliedschaften. Deren Zahl ist nicht bekannt.
- 18| Empirische Daten liegen nicht vor. Diese Annahme beruht auf Beobachtungen bei WASG-Parteitagen, regionalen Treffen und Diskussionen mit Führungskräften und Mitgliedern der Partei.
- 19| Edith Bartelmus-Scholich, 8. November 2009, LINKE.NRW auf antikapitalistischen Kurs [http://www.dielinke-krefeld.de/landtagswahl\\_2010/detail/zurueck/wahlen-2/artikel/linkenrw-auf-antikapitalistischem-kurs/](http://www.dielinke-krefeld.de/landtagswahl_2010/detail/zurueck/wahlen-2/artikel/linkenrw-auf-antikapitalistischem-kurs/).



### 3. ANALYSE DES WAHLPROGRAMMS „DIE LINKE.NRW – LANDTAGS- WAHL 2010“

„Dennoch gibt es keine wirklich tiefgreifenden Konflikte in der Partei über unsere politischen Inhalte und die einzuschlagende Strategie.“<sup>1</sup>

Gregor Gysi betont, die Partei sei organisatorisch, verfassungsrechtlich sowie programmatisch zu einem rationalen und demokratischen Akteur in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Als Modell für den vollzogenen Wandel führt die Parteiführung – *mutatis mutandis* – die Grünen an: Ende der 1970er Jahre/Anfang 1980er waren diese ein Konglomerat aus extremistischen Strukturen der Linken, radikalen Bürgerinitiativen und Wählern/Sympathisanten, die sich für ökologische Probleme interessierten. Theoretisch gesehen handelte es sich dabei um eine Mischung aus libertären, anarchistischen, antikapitalistischen, feministischen, sozialrevolutionären, postmaoistischen, basisorientierten und antiautoritären Strömungen. Mit dem stetigen Prozess der Klärung der Ideologie und der Mitgliedschaft sowie dem Marsch durch und ins Herz der Demokratie nahmen die Grünen schließlich eine immer wichtigere Stellung im politischen System ein. Allmählich wurden sie als demokratische Partner in Koalitionen auf kommunaler und Landesebene und schließlich auf Bundesebene beteiligt.

Die Geschichte der Grünen und ihrer erfolgreichen Integration in das politische System ist bekannt. Einige Grundsatzfragen sind daher legitim: Folgt *Die Linke* tatsächlich dem selben Weg? Hat sie im Eilmarsch die Grünen eingeholt und in Folge ihrer Integration auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems – in den Kommunen und Ländern – ihren Charakter geändert? Hat sich ihr Gesellschaftsverständnis so weit entwickelt, dass sie nur noch eine sozialistische Variante links von den Sozialdemokraten ist und sich von diesen lediglich durch ihre stärkere Betonung des Antikapitalismus unterscheidet? Wenn *Die Linke*, wie ihre politischen Konkurrenten, um die Zustimmung einer Mehrheit der Wähler für ihre Vision von Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik kämpft (was sie „linke Hegemonie“ nennt), entsprechen dann die Formen dieses Kampfes den normativen Prinzipien des Grundgesetzes?

Diese Argumente müssen geprüft werden. Dabei sind die Elemente der Kontinuität zwischen der PDS bis 2005 der Linkspartei.PDS bis 2007 und der WASG bis 2007 und seither der *Linken* zu untersuchen, sowohl programmatisch (die verschiedenen Programme bzw. Programmentwürfe) als auch ideologisch (Verhältnis zum Marxismus und seinem Erbe, aktuelle zeitgenössische Ansätze usw.). Dies gilt ebenso für zentrale Wahlkampfthemen: *Die Linke* als Partei der Freiheit beispielsweise. Sie könnten Hinweise auf einen echten demokratischen Wandel geben, aber auch auf sein Scheitern. Und schließlich muss die programmatische Analyse sich auf eine Reihe von Elementen (u.a. Antifaschismus, Ökologie, Internationalismus, Wirtschaftskonzeption) konzentrieren.

Der Inhalt der sozialistischen Politik der *Linken* ruht auf sechs Säulen:

- 1.) Teilhabe aller (außer den Kapitalisten) an der Gestaltung der Gesellschaft und „Demokratisierung“ der Machtverhältnisse;
- 2.) Frieden und Antifaschismus;
- 3.) Bewahrung und Gestaltung einer natürlichen Umwelt;
- 4.) Vollbeschäftigung und ökologisch orientierte Arbeit;
- 5.) gleicher Zugang zu Bildung, Kultur und Information;
- 6.) soziale Sicherheit und Bewahrung solidarischer sozialer Sicherungssysteme.

Zunächst einmal sind die Kapitelüberschriften des Wahlprogramms der *Linke.NRW* zu diesen sechs Themenfeldern nicht gerade schockierend. Verfechter des Krieges sind rar, zahlreich dagegen diejenigen, die auf die Rückkehr zur Vollbeschäftigung, die Bewahrung der Natur und ein solides Gesundheits- und Rentensystem setzen. Haben wir also 76 Seiten mit Versprechungen einer besseren Welt vor uns?

### 3.1 TRANSFORMATION DER GESELLSCHAFT

„Der demokratisch legitimierte Staat, die gewählte Politik, muss für eine übergreifende wirtschaftspolitische Strategie sorgen. Deren Eckpunkte bestehen in Vollbeschäftigung, sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit.<sup>2</sup> DIE LINKE.NRW steht für soziale Gerechtigkeit, für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft [...] für die gleichberechtigte Teilhabe der vom Kapitalismus Ausgegrenzten und Aussortierten.“<sup>3</sup>

*Die Linke* versteht sich als Partnerin emanzipatorischer Initiativen und Bewegungen, sie ist offen für deren Diskurse und Ideen. Gleichzeitig bietet sie ihnen eine Analyse des Kapitalismus, die sowohl als Grundlage für die Annäherung an die Wähler (Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde) sowie an die außerparlamentarische Bewegung dient. In Zeiten der Globalisierung spricht die *Die Linke* nicht mehr das Proletariat an, sondern vielmehr die „Opfer“ jeglicher Form von Ungerechtigkeit (Deutsche wie Nicht-Deutsche). Zwei Schlüsselwörter für die Kommunikation mit diesen Opfern lauten „Gerechtigkeit“ und „Menschenrechte“.<sup>4</sup> Diese Konzepte spielen seit 1995 als dialektische Waffe in den Thesen der PDS und heute bei der *Linken* eine herausragende Rolle. Der Kampf um Gerechtigkeit wird dargestellt als Kampf für einen sozial gleichen Zugang zu den elementaren Grundbedingungen eines Lebens in Freiheit für jeden. Diese Grundbedingungen werden deshalb als Freiheitsgüter präsentiert. An sich handelt es sich um hehre Ziele, die alle demokratischen Parteien unterstützen. *Die Linke* betont, dass die Transformation der Gesellschaft, von welcher sie träumt, auf der Grundlage der demokratischen Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus erfolgen soll. Untersucht man jedoch die Kontrollmechanismen genauer, welche die Partei auf allen Ebenen einführen will (Räte, siehe Teil über die Demokratisierung der Demokratie), so zeigt sich, dass abweichende Werte dialektisch und zwingend ausgeschlossen werden. Dies gilt natürlich für eindeutig negative Werte wie zum Beispiel den Rassismus, aber de facto auch für alle anderen abweichenden Bezugssysteme. Folgte man

der diesem Text innewohnenden Logik, so müssten nach der Etablierung eines „sozialistisch demokratischen“ antikapitalistischen Konsenses alle politischen, moralischen und wirtschaftlichen Minderheitspositionen und -rechte entweder völlig verschwinden oder das Recht ihrer Verfechter auf freie Meinungsäußerung wäre stark einzuschränken.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand: *Die Linke* hat ihre Lektion aus dem Untergang des real existierenden Sozialismus gelernt. Bekäme sie die Chance, an die Macht zu gelangen, würde sie alles dafür tun, um kein zweites 1989 erleben zu müssen.

„Patriarchale Herrschaftsstrukturen sind in unserer Gesellschaft keineswegs beseitigt.“<sup>5</sup>

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland wird als unzulänglich hinsichtlich der Menschenrechte beurteilt. Damit begründet und legitimiert *Die Linke* ihre Entschlossenheit, diese Ordnung zu verändern. Der *Linken* zufolge kann eine kapitalistische Gesellschaft – wie diejenige der Bundesrepublik Deutschland – keine echte Freiheit anbieten. In den Worten Oskar Lafontaines, der mit der Vergangenheit (irgendwann) „Tabula rasa“ machen will, hallt das Echo der alten Melodie der Internationale nach: Ohne tiefgreifende Umwälzung der kapitalistischen und patriarchal geprägten Machtstrukturen sei Freiheit nicht umfassend zu verwirklichen.

„Soziale Gleichheit ist aber mehr als die rechtliche Gleichstellung.“<sup>6</sup>

*Die Linke* behauptet, die großen Ideale Freiheit, Gleichheit und Solidarität seien von der bürgerlichen Gesellschaft nur sehr beschränkt und herrschaftlich deformiert eingelöst worden. Die demokratischen Ideale der Französischen Revolution finden ihre „wahre Erbin“ in der einzigen Partei, die ihrem ursprünglichen Sinn Ausdruck und Wirkung zu verleihen vermag: *Die Linke*. Interessanterweise taucht die „Brüderlichkeit“ niemals als Referenzwert in den Texten der *Linken* auf. Dies hat gute Gründe: Die Partei lebt in einer dualistischen Welt, in der Unterdrückte und ihre Verteidiger (die Guten) den Unterdrückern (die Bösen) gegenüber stehen. Zwischen beiden herrscht ein gnadenloser Krieg, zumindest bis zum Sieg des Sozialismus. Die Werte Freiheit und Gleichheit sind dagegen allgegenwärtig.

Die Linke postuliert die Vereinbarkeit und die Einheit von Freiheit und Gleichheit sowie von Freiheit und Sozialismus. Im Klartext: Die Linke will einen semantischen Dreiklang durchsetzen, der die Begriffe Freiheit, Gleichheit und Sozialismus austauschbar macht. Der Terminus „Sozialismus“ würde von den ungleich positiveren Konnotationen der beiden erstgenannten profitieren. Dieser Versuch erinnert an Karl Marx. Sein „Kommunismus“ war ebenfalls auf die Austauschbarkeit dieser Termini – nach dem Sieg des Proletariats und dem Aufbau des Sozialismus – gegründet.

Der Leser des Wahlprogramms der Partei *Die Linke.NRW* vermutet zu Recht, dass die Unterschiede zwischen der *Linken* und ihren politischen Konkurrenten auf der inhaltlichen Ebene festzustellen sein müssten, wenn schon die Begriffe identisch sind und alle demokratischen Parteien sich auf die Freiheit beziehen. *Die Linke* – dies ist nicht überraschend – will den Wählern den Unterschied zwischen dem demokratischen Sozialismus und den Positionen des Neoliberalismus und Konservatismus erklären. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts sei nicht mehr derjenige der „Sowjetmacht plus Elektrifizierung“, wie es Lenin in seiner Definition des sowjetischen Kommunismus formulierte. Für *Die Linke* bedeute Sozialismus Menschenrechte und die Erkämpfung der „Grundbedingungen menschenwürdigen Lebens in Freiheit“ – in gewisser Weise also eine Art Räte-System mit Fernsehen und Laptop für alle.

Einen Unterschied zu ihren Gegnern macht *Die Linke* in den Kämpfen für eine gerechte Gesellschaft auch in ihrem Beharren auf „Solidarität“ aus. Hinter dieser unscharfen Formulierung verbirgt sich eine zumindest beunruhigende Logik: Der Unterschied zwischen den Sozialisten und ihren politischen Gegnern liege im Streben nach Überwindung jener Eigentums- und Machtverhältnisse, die der „herrschenden“ kapitalistischen Klasse ihre Macht sichern. Mit ähnlichen Formulierungen wurde die Vernichtung der Kulaken in der UdSSR organisiert. Selbstverständlich schweigt die Partei über ihre Reaktionen auf den möglichen Widerstand der „Kapitalisten“ gegen den Aufbau des Sozialismus. Aber sie macht klar, dass die Transformation definitiv und irreversibel sein wird. Zwangsmaßnahmen gegen die „Mächtigen“, gegen die „Kapitalisten“ sind zu befürchten (und zweifellos auch, wie Ilja Ehrenburg formuliert hätte, gegen ihre Diener und andere „Kettenhunde des Kapitalismus“). Dieser offensichtliche Dualismus der *Linken*, der in Marx wurzelt, charakterisiert eine rigide, antidemokratische Denkstruktur, die sich zum Totalitarismus hin entwickeln kann.

Liest man das NRW-Wahlprogramm im Lichte der Vergangenheit, so könnte man seine altbekannten Aspekte belächeln. Der vor 1989 im Realsozialismus verwendete Begriff „Kommunismus“ wird durch denjenigen der Gerechtigkeit ersetzt. Für *Die Linke* ist Gerechtigkeitspolitik das einzige Mittel, um die strukturellen Bedingungen von Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung im Kapitalismus, sowie die Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen sie beruhen, zurückzudrängen und zu „überwinden“. Soziale Gleichheit aller ist „das Maß aller Dinge“. Sie soll eine neue Gesellschaft ermöglichen und einen neuen Bürger hervorbringen. Der neue Mensch der Bolschewiki markiert noch immer den Horizont der *Linken*.

„Erfolge und Fortschritte sind vor allem durch außerparlamentarischen Widerstand, Mobilisierung und erhöhtes Umweltbewusstsein in der öffentlichen Meinung erzielt worden.“ Der Widerstand gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte und für Alternativen wird von der LINKEN.NRW auch parlamentarisch unterstützt.“<sup>8</sup>

Haben wir es hier mit einer Form des radikalen Reformismus oder mit einer echten revolutionären Perspektive zu tun? Dass *Die Linke* nicht zum sofortigen Bürgerkrieg aufruft, ist nicht überraschend. Die Partei agiert im Zentrum des Systems. Die Massen müssen verstehen, dass dann, wenn die Zeit reif ist, die einzig wahre Lösung der Bruch mit der bestehenden Gesellschaftsordnung sein kann. Dabei beschränkt sich die Aufgabe der Partei nicht darauf, ein theoretisches Modell zu entwickeln und zu pflegen, sondern tägliche neue Wege zu finden, „Widerstände“ zu organisieren oder zu begleiten.

*Die Linke* lehnt die Erneuerung eines leninistischen Führungsanspruches ab zugunsten einer sehr flexiblen Bündnispolitik. Mit dieser Strategie kann sie dem Risiko einer neuen Konkurrenz links von der Partei begegnen und gleichzeitig die neuen Formen des Protests, die bei der Bewegung der Altermondialisten entstanden sind, vorzüglich instrumentalisieren. So kann *Die Linke* auch auf den Aufbau eines wie auch immer getarnten Apparates von Revolutionären à la 1917 verzichten. Für Lafontaine ist der moderne Revolutionär ein Intellektueller, der den Umgang mit dem Internet perfekt beherrscht. So amüsant die Vorstellung vom „Post-Kommunisten“ auch sein mag, der das Messer zugunsten der Tastatur weggeworfen hat, so zeigt *Die Linke* hiermit doch, dass sie keineswegs eine reformistische Partei wie die Sozialdemokratie ist. Der Diskurs über die Freiheit ändert nichts an der grundsätzlichen Radikalität der Partei.

*Die Linke* reagiert ganz einfach auf die aktuellen Kräfteverhältnisse, die kein schnelleres Vorgehen ermöglichen und keine Chance für revolutionäre Romantik von vorgestern bieten.

Dies impliziert auch das Streben der *Linken* nach Hegemonie (entsprechend der These Antonio Gramscis<sup>9</sup>) als zwangsläufiges Moment des endgültigen Bruchs mit dem System.

*„Ein Kreuz an der richtigen Stelle ist hilfreich, reicht aber allein nicht aus. Deshalb ist der wichtigste Programmpunkt: Mehr werden – in der Partei, aber auch bei Protesten auf der Straße und bei Streiks in den Betrieben und Verwaltungen. Eine neue Politik ist nicht nur nötig, sondern dann auch möglich.“<sup>10</sup>*

Um ihre Ziele – kurzfristig mindestens fünf Prozent der Wählerstimmen und langfristig die politische Hegemonie – zu erreichen, müsse die Partei in großem Maße Sympathisanten um sich scharen und Sammelbecken für jede Form des Protests werden bzw. bleiben. Dieser bereits 1993 von der PDS verwendeten Formel zufolge, hätten in der *Linken* in diesem Prozess alle Platz. Das ist das Eingeständnis, dass sich die Partei von ihrem fundamentalistischen Flügel weder trennen kann noch will.

Die Partei wendet sich auch an Bevölkerungsschichten, die nicht Opfer des Kapitalismus sind. Sie hofft, dass vornehmlich junge Menschen, aber auch bürgerliche Hedonisten bei ihrer Ablehnung administrativer Beschwerden und moralischer, wirtschaftlicher und politischer Einschränkungen die Partei als Sprachrohr für ihren Wunsch nach Veränderungen nutzen könnten (siehe Drogenpolitik). Im Grunde stimmt das Gesamtprojekt der *Linken* zwar nicht mit diesen Vorstellungen von einer libertären Welt überein, aber die Parteiführung beurteilt den Widerspruch als zweitrangig.

*„Derzeit erlebt die Weltwirtschaft einen Absturz wie noch nie seit der weltweiten Wirtschaftskrise 1929. Wir befinden uns in einer Rezession, die aufgrund der internationalen Verflechtungen des Handels und der Finanzmärkte einen globalen Abschwung ungekannten Ausmaßes verursacht hat. Dabei liegen die Ursachen der Krise nicht in irgendwelchen Exzessen gieriger Manager, sondern im System selbst. [...] Wie die Geschichte zeigt, bringt der Kapitalismus immer wieder Krisen hervor, die durch Vernichtung von überakkumuliertem Kapital sowie durch verschärfte Ausbeutung von Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen scheinbar „überwunden“ werden – bis sich die Widersprüche zur nächsten Krise zuspitzen.“<sup>11</sup>*

Nachdem sich dieses Protestpotential innerhalb der Partei und in ihrem Umfeld gesammelt hat, müssen und können sich die Dinge ändern. *Die Linke* geht von tiefgreifenden Veränderungen des Kapitalismus aus, die die Globalisierung nach sich zieht, welche als eine neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus im 21. Jahrhundert präsentiert wird. Marx liefert die Interpretation sowohl für die Globalisierung als auch für die aktuelle Krise des Kapitalismus. Auf der Grundlage dieser Theorie propagiert *Die Linke* eine klassische eschatologische Perspektive neu: die kommunistische Theorie der inneren Widersprüche des Kapitalismus, die zu seiner finalen Krise führen müssen.

Die aktuelle Lage werde auf der einen Seite von der Verschärfung von kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung begleitet. Aber sie biete zugleich den Kräften des Widerstands wie der *Linken* und allen Widerstandskräften der Welt die Möglichkeit der Vernetzung, um alternative Entwicklungen zu ermöglichen und voranzutreiben. So weiß die Partei um ihre gesicherte Zukunft und nimmt ihren Platz in der Geschichte ein.

*„NRW braucht einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel: Im Vordergrund stehen dabei die Stärkung des öffentlichen und privaten Binnenmarktes, Wirtschaftsdemokratisierung und sozial-ökologische Erneuerung“<sup>12</sup> DIE LINKE.NRW ist die Partei der Umverteilung von oben nach unten.“<sup>13</sup>*

Die Intensität der aktuellen Krise und ihre sozialen und menschlichen Kosten (Arbeitslosigkeit, Armut, usw.) bestimmen die Konturen der sozialistischen Politik der Zukunft. *Die Linke.NRW* stellt in ihrem Wahlprogramm den demokratischen Sozialismus als Bewegung und Wertesystem dar. Die Werte Freiheit, Gleichheit, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden seien untrennbar miteinander verbunden. Diese Vorstellung gesteht dem Begriff der Freiheit scheinbar eine bedeutende semantische Position zu, und kein Wert – zum Beispiel die Gleichheit – scheint a priori über den anderen zu stehen. Dennoch bleibt *Die Linke* – wie das Programm zeigt – der marxistischen Vorstellung von Geschichte, Gesellschaft und Wirtschaft verhaftet. Die Kapitalisten beuten die Welt aus und haben sich sehr große Teile des gesellschaftlichen Reichtums aneignet. Gegen die Ausbeuter organisierten sich in der Vergangenheit die Ausgebeuteten (z.B. in Form der Arbeiterbewegung im 19. oder des Kommunismus im 20. Jahrhundert). Diese Bewegung – des Widerstandes gegen den Kapitalismus – ist nach dem Ende des sowjeti-

schen Kommunismus und der Ausbreitung der neoliberalen Globalisierung in eine neue Phase eingetreten.

Marx bleibt der theoretische Hauptbezugspunkt. Er bietet ein Erklärungsmuster für die Gegenwart: Das Zeitalter der modernen kapitalistischen Gesellschaften werde durch immer neue technologische, wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Revolutionen gekennzeichnet. Da sie globaler Natur seien, erforderten sie auch eine globale politische Antwort. Damit erkennt *Die Linke* implizit an, dass die gegenwärtige Phase *revolutionär* sei, sowohl im Kapitalismus (Globalisierung und Informationsgesellschaft) als auch auf der Seite seiner Gegner.

*„Ein System, das die Profitinteressen einer kleinen Minderheit über alles stellt, bringt massive Ungerechtigkeiten und soziale Verwerfungen, Umweltzerstörung und Krieg hervor.“<sup>14</sup>*

Die modernen kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse erscheinen als Zwänge des Marktes. Das Grundprinzip des Kapitalismus, die Profitmaximierung, sei Ursache allen Übels. *Die Linke* suggeriert ihren Wählern, dass die (post-kapitalistische) Gesellschaft in den Dienst der Menschheit gestellt werden könnte, falls der demokratische Sozialismus triumphieren und die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse überwinden würde. *Die Linke* würde aus dem Kapitalismus nicht nur die Modernität seiner Technik retten, um sie in den Dienst der sozialistischen Gesellschaft zu stellen, sondern auch einen Teil seiner Errungenschaften. Dazu gehören das Sozialstaatsprinzip und das öffentliche Bildungs- und Gesundheitssystem. Sie seien Ergebnisse des Kampfes moderner sozialer Bewegungen, etwa der Arbeiterbewegung, und deshalb von Natur aus der kapitalistischen Logik nicht verbunden.

Deshalb müssten sie gegen die Angriffe des Kapitalismus verteidigt werden, der aus ihnen Profit ziehen will (Kapitel VI. Gesundheit ist keine Ware – für ein solidarisches Gesundheitswesen und VII. Bildung ist keine Ware).

Freiheit könne es im demokratischen Sozialismus der Zukunft nur geben, wenn alle Menschen über die notwendigen Grundbedingungen des Lebens verfügen. Frieden, soziale Sicherheit und Arbeit, Gesundheit und Ökologie, Bildung und Kultur seien elementare Güter. Die Verfügung über diese Güter entscheide, ob Menschen frei oder unfrei sind. Aus diesem

Grund seien sie Menschenrechte. Aufgrund dieser Logik verschwindet die im Grundgesetz niedergelegte Universalität der Menschenrechte zugunsten einer Vielzahl politischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und sexueller Rechte. Vorteil dieser Semantik ist, dass jede Aktion des „Widerstands“ gegen den Kapitalismus, jeder Akteur, der zu diesem Kampf aufgerufen wird, dies nicht nur im Namen des Sozialismus ist oder tut, sondern vielmehr im Namen der Gleichung „Sozialismus = Freiheit = Menschenrechte“.

Auf den ersten Blick scheint sich *Die Linke* zumindest sprachlich in eine utopische sozialistische Partei des 19. Jahrhunderts verwandelt zu haben. Dieser Eindruck korrigiert sich allerdings aufgrund der logischen Konsequenzen, die die Partei zieht.

*„Damit nicht länger die Gewinninteressen Weniger über das Schicksal Aller entscheiden, will DIE LINKE.NRW Schritte in eine andere Gesellschaft gehen.“<sup>15</sup>*  
*„Die Energiekonzerne in NRW – RWE und E.ON – müssen vergesellschaftet werden. Sie gehören in die öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrolliert, perspektivisch entflochten und dezentralisiert werden.“<sup>16</sup>*

Die Prioritäten der *Linken* sind ökonomischer Natur. Der demokratische Sozialismus muss die gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse neu gestalten. Hier zeigt sich die traditionelle, eng materialistische Sichtweise des Marxismus: Alles basiert auf der Wirtschaft, alle geplanten Veränderungen können nur mit ihr und durch sie erfolgen.

Jede Aktion der Partei entwickelt sich um das Prinzip des Kampfes um die Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen, versteckt im Konzept der „Umverteilung von oben nach unten“. Diese Konzeption ist archetypisch für den Diskurs aller kommunistischen Parteien von der Vergangenheit bis zum heutigen Tag. Die Implikationen dieser absoluten Priorität wiegen schwer: Sie führen zur einer Leugnung der Existenz der Universalität der Menschenrechte und der freiheitlichen Grundordnung. Stattdessen wird während der Dauer des antikapitalistischen Kampfes, aber vor allem nach dem Sieg des Sozialismus eine „variable Geometrie“ der Freiheit – und damit also auch ihrer Grenzen – eingeführt werden. Andeutungsweise wird die Rückkehr zu der jakobinischen Formel „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ angekündigt.

„Verteilungsgerechtigkeit gehört nach ganz oben auf die politische Agenda der kommenden Jahre.“<sup>17</sup>

Nun erscheint der Begriff der Gerechtigkeit. Darunter versteht *Die Linke* die Überwindung der strukturellen Bedingungen von Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung, also der Macht- und Eigentumsverhältnisse. Hier findet man die logische Kette, die die Prioritäten der Partei klar präzisiert:

*Sozialismus* = Gerechtigkeit und Gleichheit (welche die Bedingungen setzen für die) = Freiheit (welche identisch ist mit) = Menschenrechte[n] (welche wiederum den Rahmen der politischen und theoretischen Aktion bilden für) = Die Linke (deren Projekt sich identifiziert und identisch ist mit dem) = *Sozialismus*.

In dieser Argumentationskette steht die Gleichheit de facto als Wert über der Freiheit, sie ist der „Nukleus“ der anderen Werte. So gesehen, ist im Programm der *Linken.NRW* nicht die Freiheit „der“ echte und ursprüngliche Kern, sondern die Gleichheit: Sie ist das Maß der sozialistischen Politik, welche impliziert, dass ohne Gleichheit Freiheit nur die Kehrseite von Ausbeutung ist. Mit dieser Position nimmt *Die Linke* eine klassische These der kommunistischen Parteien wieder auf, die mit diesem Argument stets ihr politisches Handeln in der Gesellschaft gerechtfertigt haben. Die philosophische Logik der *Linken* entspricht derjenigen des *Kommunistischen Manifests* und seines politischen Erbes.

„Wir treten dabei auch für neue wie alte Formen gesellschaftlichen Eigentums wie die Förderung von Genossenschaften, Belegschaftseigentum oder öffentliche Beteiligung an privaten Unternehmen ein.“<sup>18</sup>

Das Wahlprogramm der *Linken.NRW* vertritt traditionelle neokommunistische Positionen bezüglich des Eigentums. *Die Linke* verweist permanent auf die „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ nach dem Grundgesetz. Auch hier gibt es keinen Bruch mit Marx: Die Eigentumsfrage ist für *Die Linke* nicht primär eine Frage der Rechtstitel, sondern eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen. Entscheidend sind realer Inhalt und soziale Wirkung konkreter Eigentumsordnungen. Sie fordert eine „Pluralität gesellschaftlichen Eigentums“.<sup>19</sup> Das persönliche Eigentum von Menschen wird anerkannt, gleichzeitig wird die Vorherrschaft kapitalistischer Eigentumsverhältnisse abgelehnt.

### 3.2 DEMOKRATISIERUNG DER DEMOKRATIE

*Die Linke* kennt das Misstrauen der Wähler vor einer Kollektivierung nach dem Muster des „real existierenden Sozialismus“ ganz genau. Um ihr langfristiges Ziel – die Kontrolle des Räderwerks der Ökonomie als einzige Möglichkeit zur Überwindung des Kapitalismus – zu erreichen, propagiert *Die Linke* die Vervielfachung der „demokratischen Entscheidungsmechanismen“ über die gesellschaftlichen Grundprozesse.

„Ein demokratisches Wirtschaftsreformkonzept verlangt, dass zukünftig staatliche Subventionen an die Wirtschaft nur noch dann zu gewähren sind, wenn diese Subventionen zu einer staatlichen Beteiligung an den privatwirtschaftlichen Unternehmen führen und durch einen demokratischen Beirat gesellschaftlicher Gruppen kontrolliert werden.“<sup>20</sup>  
*DIE LINKE.NRW* setzt dabei auf mehr Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien.<sup>21</sup> Darüber hinaus treten wir für die Rekommunalisierung öffentlicher Güter, die Förderung von Genossenschaften und Belegschaftsbeteiligungen sowie die Überführung der Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung für NRW haben, in Gemeineigentum ein.“<sup>22</sup>

Gefördert werden sollen jene Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die „Profitspirale“ zu brechen. Die Partei beschwört nicht etwa die sofortige Verstaatlichung jeglicher Schwerindustrie und der Banken, auch wenn sie die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und die Verstaatlichung der bei den Wählern besonders unbeliebten Energiekonzerne RWE und E.ON fordert. Vielmehr beschreibt sie einen Prozess, der das, was dem Sozialismus dient, trennen soll von dem, was Lenin als „die objektiven Feinde des Sozialismus“ bezeichnet hätte.

Auf der einen Seite eine ökologische industrielle und landwirtschaftliche Produktion, die an die Bedürfnisse der Bevölkerungen angepasst und nicht auf den Export ausgerichtet ist; auf der anderen Seite die Industriezweige, welche „Erbfeinde“ des Sozialismus sind (Waffenschmieden, Genforschungslabors, Umwelt verschmutzende Industrie, usw.), aber auch die Banken. Zum Schutze der Bevölkerung müssen sie in andere Eigentumsformen überführt werden.

Essenziell – und in diesem Punkt hat *Die Linke* Recht – ist daher die Politik: Das Volk, von der Partei inspiriert, würde diese Aufgabe erledigen. Für *Die Linke* sind Eigentumsfragen Fragen der Macht und Fragen

des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft. Um genügend Macht zu erringen für einen zunehmenden Wandel der Eigentumsverhältnisse, müssen Gegenmächte und Kontrollinstanzen existieren.

„Für demokratische Kontrolle durch Verbraucherinnen und Verbraucher sowie umfassende Mitbestimmung der Beschäftigten in den Bereichen des Öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Öffentliche Verwaltungen sind Steuerungs- und Lenkungsinstrumente der Parlamente und Räte.<sup>23</sup> Verstaatlichungen und Teilverstaatlichungen müssen mit demokratischer Kontrolle und erweiterten Mitbestimmungsrechten der Beschäftigten einhergehen.<sup>24</sup> Die demokratische Kontrolle über die Bereiche der Daseinsvorsorge muss endlich ausgebaut werden.<sup>25</sup> Alle Bereiche des Gesundheitssystems müssen öffentlicher Kontrolle unterliegen.“<sup>26</sup>

Ziel der *Linken* ist es, eine breite gesellschaftliche Gegenmacht zu etablieren, dieser dann im Gefüge der Institutionen Platz zu schaffen und ihr schließlich die „totale Macht“ zu übertragen. In jedem Kapitel und Abschnitt des Wahlprogramms der *Linken.NRW* findet sich eine Darstellung dieser Kontrollinstanzen.

Demokratie, Parlamentarismus und Menschenrechte seien in dieser Republik und in der ganzen Welt von der neoliberalen Globalisierung, von den Kapitalisten und ihren Konzernen – und schließlich von der Politik (in NRW von der Koalition aus CDU und FDP) bedroht. Aus diesem Grund müssten die Rechte der Bürger gegenüber Staat und Wirtschaft geschützt und ausgebaut werden.

Die Organisation kollektiven gesellschaftlichen Protests soll dazu beitragen, das System von innen her aufzubrechen. Der Staat soll künftig von einer selbstbestimmten Zivilgesellschaft (der Gegenmächte) geprägt werden. Mittels dieser scheinbar harmlosen Formel führt *Die Linke* ihre Ideologie und ihre Vision der sozialistischen Hegemonie über den Staat sozusagen „durch die Hintertür“ wieder ein.

Hinter den geforderten traditionellen Maßnahmen der „Demokratisierung“ verbirgt sich eine verräterische Logik: Die Demokratie kann nur erneuert werden, wenn ihr Regulierungssystem verändert wird. *Die Linke* bietet den Wählern eine neue Ordnungspolitik an, die sich auf Gebote und – soweit erforderlich – Verbote stützen soll. Zwar bleiben Details des nach einer Machtübernahme einzuführenden Repressionsmechanismus im

Dunkeln, aber die Botschaft der *Linken* ist eindeutig: Die zerstörerischen und die Menschheit bedrohenden marktorientierten Kräfte müssen in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ihren Einfluss verlieren. Dabei werden Gesetze Grenzen setzen, deren Einhaltung die Räte kontrollieren und im Notfall durchsetzen werden.

„Die kommunale Demokratie muss gestärkt und ausgebaut werden. Hierfür müssen die Hürden für BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheide gesenkt, das Verfahren vereinfacht und die Möglichkeiten, durch BürgerInnenentscheide die Politik in der Kommune bestimmen zu können, erweitert werden.“<sup>27</sup> Eine starke Landesplanung, die der „Kirchturmkonkurrenz“ der (Ober-) Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Landrätinnen und Landräte Einhalt gebietet und die Ziele einer nachhaltigen und solidarischen Raumordnung auch gegen deren Widerstände durchsetzen kann.“<sup>28</sup>

*Die Linke* will mit der „Transformation“ des politischen Systems eine Art Rätssystem installieren. Parlamentarismus und repräsentative Demokratie, wie sie das Grundgesetz in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vorsieht, sind für *Die Linke* keine geeigneten Instrumente. Deshalb fordert sie neben den Räten starke plebiszitäre Elemente der politischen Beteiligung, und zwar auf allen politischen Ebenen, vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen. Da sich Deutschland jedoch nicht aus seinen internationalen Verflechtungen lösen kann, müsse letztlich eine neue demokratische Weltordnung der neoliberalen Globalisierung ein Ende setzen. Die traditionelle Heilslehre der Partei ersteht an dieser Stelle neu, und die *Internationale* bleibt als Hymne die Nummer eins der Hitparade der *Linken*.

### 3.3 ANTIFASCHISMUS – ANTIRASSISMUS

Alle Stellungnahmen und Analysen der *Linken* – sowohl der Bundespartei<sup>29</sup> wie auch im Wahlprogramm für Nordrhein-Westfalen (Kapitel XI. NRW stellt sich quer: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen) – illustrieren, dass die Partei auch 2010 noch immer Gefangene des kommunistischen Diskurses der Komintern der 1930er Jahre ist. Die theoretische Kontinuität ist eindeutig. *Die Linke* hat Probleme mit dem gegen alle Diktaturformen (so auch Kommunismus und Nationalsozialismus) zielenden antitotalitären Konsens der Bundesrepublik Deutschland.

*„Wir wenden uns dagegen, dass in unserer Gesellschaft an vielen Stellen der NS-Faschismus verharmlost oder relativiert wird. Aufs Schärfste kritisieren wir die Gleichsetzung von „Rechts- und Linksextremismus“ in der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung.“<sup>30</sup>*

In ihrer Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus haben sich theoretische Deutungsschemata der SED erhalten, die eben gerade nicht Demokratie gegen Diktatur setzen: Die Kommunisten hatten eine demokratische Grundtugend, den „Antifaschismus“, zu einem Kampfbegriff gegen den demokratischen Verfassungsstaat und zur Legitimation der eigenen Diktatur entwickelt. Gegen den antitotalitären Konsens, gegen das im Grundgesetz verankerte „Demokratieparadigma“, errichteten sie ein komplett gegenläufiges politisches Paradigma. Dessen muss man sich stets bewusst sein, wenn *Die Linke* von „Antifaschismus“ spricht. Dies gilt im Übrigen auch für die DKP, für praktisch alle linksextremistischen Strömungen und Formationen sowie für die Autonomen, die mit der *Linken* zusammenarbeiten.

Der Sachverhalt ist einfach: Für das Demokratieparadigma ist die Frage der Freiheit und der Menschenrechte die politische Kernfrage: Wer die Grundwerte der Aufklärung, der Französischen (1789) und der Amerikanischen Revolution (1787) nicht teilt, unterliegt dem Verdacht, eine Diktatur errichten zu wollen. Vollständig anders argumentiert das „antifaschistische Politikparadigma“: Kommunisten halten die Frage der politischen Ordnung für zweitrangig. Die „Kritik der politischen Ökonomie“<sup>31</sup> erklärt die Wirtschaftsordnung zum entscheidenden Parameter der qualitativen und damit auch moralischen Bewertung einer Gesellschaftsordnung. Eine illegitime (Klassen-)Herrschaft existiert, wenn soziale Ungleichheiten vorhanden sind. Ausschließlich die „Eigentumsfrage“ entscheidet über die Qualität einer Gesellschaftsordnung. So stehen auf der „guten“ Seite alle Gesellschaftsmodelle, die eine Sozialisierung der Produktionsmittel anstreben, auf der „bösen“ finden sich automatisch alle anderen. Sämtliche Systeme mit marktwirtschaftlichen Ordnungen sind „kapitalistisch“ und damit zumindest „latent faschistisch“. Auch geordnete Demokratien mit garantierten Menschenrechten und rechtsstaatlichen Garantien wie die Bundesrepublik Deutschland sind allein aufgrund ihrer kapitalistischen Wirtschaftsform stigmatisiert.

*„Rassismus und Nationalismus bieten keine Lösung für die Probleme der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, soziale Ungerechtigkeit, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Elendmigration aus jenen Staaten, die zu Zeiten des Kolonialismus unterjocht wurden und noch heute Spielball der Machtinteressen des Westens sind, [...] sind immanenter Bestandteil des kapitalistischen Systems.“<sup>32</sup>*

„Antifaschistisch“/„antirassistisch“ bedeutet daher in der kommunistischen Diktion vor allem „antikapitalistisch“. „Konsequenter Antifaschismus“ kann es nur im Sozialismus geben, denn „Antifaschismus“, „Antikapitalismus“ und „Sozialismus“/„Kommunismus“ sind aus kommunistischer Sicht geradezu Synonyme.

*Die Linke* übernimmt diese kommunistische Analyse ohne die geringste Modifikation. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat gezeigt, dass die wesentlichen Auseinandersetzungen zwischen demokratischen und antidemokratischen Kräften stattfinden.

Eine solche Gegenüberstellung kann *Die Linke* nicht akzeptieren, denn damit würde ihr eigenes System als antidemokratisch entlarvt. Deshalb muss sie auf der angeblichen Frontstellung Kapitalismus gegen Sozialismus beharren.

*„In der Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems gewinnen neofaschistische und rassistische Parteien und Gruppierungen Anhänger, die an ihre Parolen als Ausweg aus der Krise glauben. Sie geben vor, mit ihrem Rassismus soziale Probleme lösen zu können. [...] Rassistische Einstellungen zeigen sich im Denken und Handeln beachtlicher Teile der Bevölkerung, bis tief in die Mitte der Gesellschaft. Entsprechend hängt sich faschistische und rassistische Propaganda in den letzten Jahren immer stärker an politische Kampagnen der bürgerlichen Mitte an.“<sup>33</sup>*

Das grundlegende Antifaschismus-Paradigma der *Linken* ist ganz überwiegend die von der „Kommunistischen Internationale“ (Komintern) festgelegte Faschismus-Definition, die nach dem Komintern-Funktionär Georgi Dimitroff benannt ist.<sup>34</sup> Ihr zufolge ist „der Faschismus“ an der Macht die „offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“.<sup>35</sup> Zur Machtsicherung bediene sich das Monopolkapital zwar in politisch ruhigen Zeiten der scheinbar freiheitlichen Form bürgerlicher Demokratie, greife aber bei Gefährdung seiner Profitinteressen auch ungeniert auf



„den Faschismus“ als „offen terroristische Herrschaft“ zurück. Um dieser Gefahr zu begegnen, habe die KPD – nach der Erfahrung der Katastrophe der NS-Machtergreifung von 1933 – anderen Arbeiterparteien und sogar „fortschrittlichen“ Teilen der Bourgeoisie ein temporäres Defensivbündnis angeboten: die Volksfront. Sie tauchte nach ihrem Scheitern im Frankreich der 1930er Jahre 1945 in der SBZ als „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ wieder auf. Das im SED-Parteiverlag erschienene *Kleine politische Wörterbuch* charakterisiert sie als „vorläufiges Bündnis“<sup>36</sup>: Nach gelungener Abwehr der Gefahr von rechts werden die antifaschistischen Bündnispartner der Kommunisten eliminiert, wie das Schicksal der Sozialdemokratie ab 1946 in der SBZ/DDR zeigt. Die DDR wurde zum Hort des Antifaschismus erklärt, die Mitverantwortung für den Nationalsozialismus geleugnet. Die Diffamierung der Marktwirtschaft als sozialökonomische „Wurzel des Faschismus“ wurde als Propagandawaffe gegen das westliche Demokratiemodell eingesetzt. Durch die verengte sozialökonomische Interpretation des Nationalsozialismus wurden dessen antisemitische und rassistische Komponenten in ihrer Bedeutung geschmälert. Eine Auseinandersetzung mit diesem „Antifaschismus“ hat *Die Linke* bislang völlig vermieden. Im Gegenteil: Die wesentlichen theoretischen Reflexionen der Partei üben scharfe Kritik am antitotalitären Konsens der Bundesrepublik.

*„Neonazismus ist kein Drogenproblem. Um ihm entgegen zu treten, bedarf es des entschlossenen und kontinuierlichen Widerstands.“<sup>37</sup>*

Im Bündnisumfeld der Partei hält sich zudem noch eine zweite Variante der klassischen kommunistischen Antifaschismus-Doktrin, die älter ist als die Volksfront-Konzeption.

Die mit ihr verbundene, als „Sozialfaschismus-Kurs“ bezeichnete politische Strategie hatte die KPD etwa von 1924 bis 1933 verwendet. Sie verzichtet auf Bündnisangebote an Sozialdemokraten. Jene werden vielmehr als „Sozialfaschisten“ zum „Hauptfeind“ erklärt. Bei Stalin mutierten sie gar zum „objektiv gemäßigten Flügel des Faschismus“.<sup>38</sup> Noch im November 1932 schufen sich die deutschen Kommunisten auf der Basis dieser „Theorie“ eine neue Frontorganisation: Die „Antifaschistische Aktion“ als Instrument des Straßenkampfes. Sechzig Jahre später fand die KPD-Schlägertruppe einen Nachfolger: 1992 übernahmen gewaltbereite autonome Gruppen Namen, Emblem und das ideologische Rüstzeug der „Sozialfaschismus-Theorie“ bei der Gründung ihrer im April

2001 wieder aufgelösten „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Koordination“ (AA/BO). Über Jahre beherrschte die AA/BO mit ihrer militarisierten Straßenkampfkonzeption die Choreographie bei Aufzügen „antifaschistischer Bündnisse“. *Die Linke* müsste ihre freundliche Verbundenheit zu diesem Spektrum aufgrund ihres erklärten „antistalinistischen Grundkonsenses“ eigentlich als Problem betrachten. Stattdessen melden Repräsentanten der Partei häufig Demonstrationen „gegen rechts“ an, welche dann die Autonomen als Kulisse für gewaltsame Provokationen nutzten. Letztes aktuelles Beispiel war der „Revolutionäre 1. Mai“ 2009 in Berlin. So akzeptiert *Die Linke* Gewalt als Mittel der Politik und stellt sich außerhalb der demokratischen Ordnung.<sup>39</sup>

*„DIE LINKE.NRW kämpft gemeinsam mit der antifaschistischen Bewegung, engagierten Menschen und den Gewerkschaften gegen die Neonazis, wo immer sie sich zeigen. Eine starke LINKE trägt mit dazu bei, die Rechte zu vertreiben.“<sup>40</sup>*

*Die Linke* betont ihren antifaschistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Charakter. Sie präsentiert sich als Sammlungsbewegung und will den „Widerstand“ gegen den Faschismus in seiner ganzen Breite begleiten. Dabei nutzt sie eine differenzierte Strategie. Sie bietet zwar ihren Bündnispartnern eine theoretische Analyse des Faschismus an, aber sie erhebt keinen Führungsanspruch und beansprucht kein Deutungsmonopol. Die Gründe liegen auf der Hand: Wenn niemand den Antifaschismus mehr für sich allein beanspruchen könne, sei er Allgemeingut, also eine Art universeller Wert im Kern der Gesellschaft. Es kommt darauf an, um diese Thematik eine breite „demokratische Bürger- und Menschenrechtsbewegung“ zu sammeln, die nicht nur den Rassismus und den Faschismus bekämpfen soll, sondern – dank ihrer „antikapitalistischen Natur“ – den Ungleichheiten und der Militarisierung der Außenpolitik ein Ende setzt (Die Partei als Friedenspartei).

*Die Linke* macht ihr Gesamtprojekt der Überwindung des Systems zu einem antifaschistischen Gründungsakt. Dabei reiht sich ihre Analyse in die Argumentationslinien der kommunistischen Bewegung nach 1945 ein. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Partei sich nicht zur antifaschistischen Avantgarde erklärt. *Die Linke* weiß, dass die Epoche des verordneten Antifaschismus ein für alle Mal vorbei ist.

Der moralische Adel der antifaschistischen Aktion muss aber wieder hergestellt werden, um die Massen für diese mobilisierbar zu machen. Dies könnte nur gelingen, wenn der Faschismus mit dem Kapitalismus identifiziert, verwechselt und gleichgesetzt wird.

*„Aufklärung über den historischen Faschismus, vor allem über die Rolle des Kapitals und die Kontinuitäten nach 1945.“<sup>41</sup>*

Die klassische These der Komintern – das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Faschismus – wird hier angewendet. Der Elite der Bundesrepublik wird nationalsozialistische Beeinflussung unterstellt. Man fühlt sich an das *Braune Buch* erinnert, das in den 1980er Jahren in der DDR publiziert worden ist. Eine weitere ideologische Parade ist seit Jahrzehnten ein Klassiker: die Gleichsetzung von Antikommunismus mit faschistischem Denken. *Die Linke* entwirft das Bild einer bipolaren Welt in einer Bundesrepublik, in der *Die Linke* und ihre Bündnispartner wegen ihres Antifaschismus Opfer einer Hexenjagd werden, und in der andererseits die Nazis – alt- und neonazistische Parteien – aber auch eine faschistoide „Mitte der Gesellschaft“ Rassismus verbreiten. *Die Linke* stellt den demokratischen Charakter der Bundesrepublik Deutschland in Frage und betrachtet Fremdenfeindlichkeit und Rassismus als wesentliche und mehr oder weniger legale Bestandteile ihres politischen Systems.

*„Die Politik muss entschlossen auch andere braune Organisationen verbieten, wo konkrete Angriffe auf Demokratie und Menschenleben vorbereitet und verübt werden. Es ist menschenverachtend, dass sich die schwarz-gelbe, aber auch die rot-grüne Landesregierung weigert und weigert, hier zum Beispiel mit Vereinsverboten direkt tätig zu werden.“<sup>42</sup>*

Diese Behauptung bildet für *Die Linke* die Grundlage der Definition ihrer antifaschistischen Politik. Sie will alle legal oder halblegal wirkenden Organisationen, Denkfabriken, Buch-, Zeitschriften- und Musikverlage unschädlich machen. Aber sie will auch weitere „faschistoide“ Elemente, die in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt sind, bekämpfen, etwa die Vertreter der Totalitarismustheorie, die die Natur von *Die Linke* beschrieben haben.<sup>43</sup>

*„Wir setzen uns aktiv für die Ergänzung des Grundgesetzes um eine antifaschistische Klausel, wonach die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes für verfassungswidrig erklärt wird, ein. Die Förderung zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Engagements muss auch in Zeiten knapper Kassen oberste Priorität haben.“<sup>44</sup>*

*Die Linke* hat – wie zuvor die PDS – den Antifaschismus zu einem zentralen Thema ihrer Propaganda gemacht. Damit will sie ihre eigene Integration in die politische Normalität vorantreiben. Sie hofft, dass die anderen Fraktionen sie als Partner im Kampf gegen den Neo-Nationalsozialismus akzeptieren (Modell Dresden). Ihr Ziel bleibt, das Grundgesetz durch die Einführung einer antifaschistischen Klausel zu ändern.<sup>45</sup>

Dieser verfassungsrechtliche Ziel der *Linken* muss bezüglich seiner politischen Implikationen untersucht werden: Die extreme Rechte ist ein ernstes Problem für das politische System in Deutschland, aber sie bedroht keineswegs die Stabilität der Republik. Das rechtsextreme Potential der Bevölkerung ragt nicht aus dem westeuropäischen Mittelfeld heraus. Zudem verfügt das Grundgesetz über alle notwendigen Instrumente, um die freiheitliche Ordnung aufrechtzuerhalten und extremistische Gruppierungen notfalls zu verbieten (trotz der NPD-Verbotspanne). Verbotgrund ist die nachgewiesene aggressive Haltung gegen den Rechtsstaat. Dagegen plädiert *Die Linke* für eine Art Automatismus, der eine beträchtliche Zahl politischer Positionen und sehr unterschiedliche Strömungen – von echten Neonazis bis zu Neokonservativen – als rechtsextrem und damit grundgesetzwidrig brandmarkt. Betroffene Personen/Gruppen könnten sich nicht einmal auf ihre Grundrechte berufen. Die „antifaschistische“ Klausel würde das Grundgesetz seines demokratischen Gehalts entleeren. Die Forderung nach dem Verbot der Verfassungsschutzbehörden zielt in dieselbe Richtung. Es würde die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie schwächen.

*„Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) wird dem ihm zugewiesenen Auftrag, Gefahren für die Demokratie abzuwehren, nicht gerecht. Das Amt beweist immer wieder, dass es auf dem rechten Auge blind ist und politische Kampagnen gegen die Linke unterstützt. [...] Linke Gruppierungen, Parteien wie DIE LINKE und sogar Abgeordnete werden vom LfV beobachtet, weil sie die kapitalistische Wirtschaftsordnung ablehnen [...] DIE LINKE.NRW fordert: [...] Die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz.“<sup>46</sup>*

Hinter diesem Zitat verbirgt sich nicht nur ein militanter Antifaschismus. Die Partei sieht das LfV als Gefahr an, denn es beschreibt sehr effektiv die extremistische Dimension der Partei *Die Linke*.<sup>47</sup>

### 3.4 UMWELTPOLITIK

„Alle übrigen Parteien, die darauf hoffen, dass der Markt auch die Umweltzerstörung regulieren kann, versagen völlig vor der historischen Aufgabe, Umwelt und Klima nachhaltig zu schützen. Kapitalistisches Wirtschaftswachstum sollte sozial-ökologischem Wirtschaften und einem nachhaltigen Lebensstil weichen.“<sup>48</sup>

Die ökologische Frage ist ein wichtiger Bestandteil der Reflexionen der *Linken* und war es auch schon für die PDS. Der Begriff „Ökologie“ wird im Wahlprogramm der *Linken* geradezu inflationär verwendet (Kapitel III. Sozialer und ökologischer Umbau). Die Gründe sind sowohl strategischer als auch ideologischer Natur: In NRW konkurriert *Die Linke* mit Bündnis90/Die Grünen um dieselben großstädtischen und universitären Milieus, teilweise sogar um dieselbe Wählerklientel.

„DIE LINKE.NRW sieht sich als Teil der Anti-Atomkraft-Bewegung und unterstützt aktiv die Proteste gegen die Castor-Transporte nach Ahaus.“<sup>49</sup>

Deshalb will *Die Linke* als authentische ökologische Partei erscheinen: Sie kämpft gegen die Atomkraft und ist dazu in der Bewegung gegen die Castor-Transporte engagiert. Sie greift also Themen auf, die zum Kern der Identität von Bündnis90/Die Grünen gehören. *Die Linke* glaubt an ihre Chance, einen Teil des linksökologisch gesinnten Wählerpotentials für sich zu gewinnen.<sup>50</sup>

Handlungsstrategien für eine ökologische Wende werden unterbreitet. Diese hat *Die Linke* praktisch Wort für Wort aus dem Programm von Bündnis90/Die Grünen abgeschrieben.<sup>51</sup>

Das grüne Wahlprogramm verlangt eine Politik zur Behebung der Umweltprobleme, ohne jedoch das System als Ganzes in Frage zu stellen. *Die Linke* dagegen führt auf der Grundlage vordergründig sehr ähnlicher Forderungen – sieht man einmal von der Verstaatlichung der großen Energiekonzerne, die die Partei anstrebt, ab (siehe unten) – in ihrem

Wahlprogramm externe Kontrollinstanzen, etwa Bürgerräte, ein, welche Bündnis90/Die Grünen nicht fordern. Generell lässt das Wahlprogramm der *Linken* den schrittweisen Übergang zu einer veränderten Regulationsweise erkennen, beispielsweise durch das Verbot der Privatisierung von Naturschutzgebieten. Zur künftigen Regelung gehört die Neukonditionierung der Agrar- und Konsummarktmechanismen durch eine stärkere Ordnungspolitik, durch verbindliche ökologische Zielsetzungen und schließlich zum Ausstieg aus von der *Linken* als gefährlich angesehen Technologien.

„Generelles Verbot von gentechnisch behandelter Nahrung bzw. gentechnisch behandelten Futtermitteln. Verbot von Patenten auf Lebewesen und deren Gene. Generelles Verbot der Freilandforschung.“<sup>52</sup>

*Die Linke* lehnt z.B. die Gentechnologie ab. Sie will zwar die gentechnische Forschung nicht grundsätzlich unterbinden, aber sie wird ideologisch und nach ihrem politisch-sozialen Nutzen beurteilt. Die Partei ist jedoch prinzipiell gegen den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen und Lebewesen in der Landwirtschaft. *Die Linke* fordert eine strikte Kontrolle und die Wachsamkeit der Bürger.

Vage plädiert *Die Linke* für die Ökologisierung der Agrarpolitik, die mit einem nebulösen Strukturwandel einhergehen soll. Sorgfältig ausgeklammert bleibt dabei die Frage der stark umweltbelastenden landwirtschaftlichen Großbetriebe. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zeigen, dass die Partei auch im ökologischen Bereich geistig noch immer in der Planwirtschaft verwurzelt ist.

### 3.5 FRIEDENSPOLITIK

„DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Friedenspartei.“<sup>53</sup>

*Die Linke* hat sehr genau die wachsenden Zweifel der Wähler angesichts des Afghanistan-Krieges registriert und will von der kollektiven Besorgnis profitieren. Sie schwimmt auf der Woge dieses Themas und gibt sich fälschlicherweise das Image einer Friedenspartei. Das Kapitel II. „Konsequent für Frieden und Entmilitarisierung“ kann aus diesem Grund nur im Gesamtzusammenhang der Politik der *Linke* analysiert werden.

Mehrere Thesen begründen den „Pazifismus“ der Partei:

- 1.) *Die Linke* lehnt den Grundkonsens der demokratischen Parteien über die Westbindung und die NATO ab. Dieses Bündnis wird als aggressives militärisches Instrument dargestellt.
- 2.) Krieg als Mittel der Politik wird als dem Kapitalismus inhärent dargestellt. Imperialismus und Krieg entstünden als gesetzmäßige Folge marktwirtschaftlicher Ordnungen.
- 3.) Es gibt gerechte und ungerechte Kriege.

*Die Linke* wendet auch 2010 noch die Leninsche Imperialismustheorie an. Krieg ist prinzipiell möglich, solange die kapitalistischen Wurzeln imperialistischer Aggression nicht ausgerottet sind. So gesehen ist das politische System der Bundesrepublik Deutschland, die „bürgerliche Demokratie“, zumindest latent anfällig für faschistische *und* kriegerische Erscheinungsformen. Wegen dieses generellen Kriegs- und Faschismusverdachts kann *Die Linke* den außenpolitischen Konsens der Bundesrepublik nicht teilen.

Die Vorgängerpartei der *Linken*, die PDS, hatte diese Linie während des Jugoslawien-Konflikts vertreten. Es begann mit der uneingeschränkten Parteinahme für das formal noch kommunistisch regierte Serbien. Dessen Gegner war das von der „kapitalistischen“ Bundesrepublik unterstützte, antikommunistisch eingestellte und christliche Kroatien. Die Diskussion, in welcher Form die Bundeswehr sich an UN-Missionen zur Friedenssicherung beteiligen könne und solle, löste vehemente Abwehrreaktionen aus, da die PDS die Bundeswehr als Nachfolgeorganisation der Wehrmacht betrachtete. Dieser Einsatz wurde unter der Kategorie „imperialistischer Raubkrieg“ subsumiert.<sup>54</sup>

Die Entwicklung der außen- und sicherheitspolitischen Aussagen in den Argumenten der *Linken* verstärkt den Eindruck einer ideologisch motivierten Konzeption,<sup>55</sup> die die Positionen der PDS nahtlos übernimmt.

Die erste Reihe von Argumenten ist ökonomischer Art. Das Engagement der Bundesrepublik Deutschland, ihre vorgeschobene „weltweite Friedensverantwortung“ decke immer noch die alten Ziele: die weltweite Sicherung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Einflusszonen für das deutsche Kapital – zum Beispiel im Nord-Irak mit seinen Ölreserven. 2002 fasste die PDS diese These mit dem Slogan „Blut für Öl“ zusammen. Die deutsche Entwicklungshilfe wird ebenfalls teilweise als eine Form der indirekten Subvention bundesdeutscher Konzerne präsentiert.

Hieraus resultiert die zwingende Notwendigkeit der Reform der Entwicklungshilfe<sup>56</sup>, der vollständigen Rückzug aus allen militärischen Aktivitäten (Forschung, Kooperationsprozesse, Allianzen, usw.) und schließlich einer Politik der Abrüstung.

*„Wir sind gegen jegliche Kriegsbeteiligung und für Abrüstung. Wir lehnen In- und Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Ihre Auf- und Umrüstung zur weltweiten Angriffsarmee muss gestoppt werden.“<sup>57</sup>*

Im Vorfeld des Golfkrieges im Frühjahr 1991 führte Gregor Gysi für die PDS die Selbstbezeichnung „Antikriegspartei“ ein.<sup>58</sup> Damit wollte sie von dem erhofften Wiederaufleben der deutschen „Friedensbewegung“ profitieren. Auf dem 3. Parteitag im Januar 1993 beschloss die PDS ein Programm mit dem Absatz „Die Waffen nieder“. Was damals geschrieben wurde, gilt auch für *Die Linke* heute: „Beseitigt werden müssen die sozialen Ursachen von Kriegen, notwendig ist eine politische Krisenvorbeugung. Wir bleiben dabei: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Aus der Geschichte Deutschlands [...] erwächst eine besondere Friedensverantwortung, erwächst Friedenspflicht.“<sup>59</sup>

Diese Position verteidigen Lafontaine und die Bundestagsfraktion der *Linken* vehement.<sup>60</sup> In Zusammenhang mit der aktuellen antiinterventionistischen und antiimperialistischen Haltung der *Linken* finden sich Konzepte der Entmilitarisierung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen, denen absoluter Vorrang eingeräumt wird. Ziel sei eine neue europäische/weltweite Friedensordnung. Abgelehnt wird die Schaffung einer europäischen Armee mit einer einheitlichen Kommandozentrale ebenso wie jede Kooperation mit der NATO, die aufgelöst werden soll. Kategorisch wird „militärischen Interventionen“ der NATO in Krisengebieten eine Absage erteilt; die „Selbstmandatierung“ der NATO im Irak oder Afghanistan wird als „Bruch des Völkerrechts“ denunziert. Auf strategischer Ebene sei eine Phase des strategisches Denken (aus der Zeit des Kalten Krieges) an ihr Ende gelangt: Aufrüstung und Abschreckung durch Bedrohung oder Intervention garantierten die kollektive Sicherheit nicht länger. Diese könne nur durch eine gemeinsame internationale Aktion im Rahmen der UNO hergestellt werden.<sup>61</sup> Die NATO sei völlig ungeeignet zur Bekämpfung des Terrorismus, denn sie trage z.B. in Afghanistan dazu bei, den Hass gegen die Besatzer zu schüren (Kundus-Affäre).

Es ist frappierend, dass die Frage des islamistischen Terrors und die von ihm ausgehende Bedrohung nicht diskutiert werden. Der fundamentalistische Islam, der seiner Natur nach antiwestlich, antiamerikanisch und antizionistisch ist, scheint der *Linken* nicht wirklich völlig unsympathisch zu sein. Alle Analysen der Gründe des islamistischen Terrorismus missachtend, schlägt *Die Linke* einen langen Katalog von Abrüstungsmaßnahmen vor.

Damit würden gleichzeitig Mittel freigesetzt, um die Grundversorgung aller Menschen zu sichern, auch der Aufständischen in Afghanistan. So würden letztere dazu gebracht, ihre Waffen niederzulegen.

*Die Linke* ist aber keineswegs eine Friedenspartei, auch aus weiteren Gründen, die sie stillschweigend übergeht. Die überschwänglichen Lobeshymnen auf Che Guevara oder Tamara Bunke auf den Websites der AG „Cuba Si“ oder anderer Strömungen der Partei beweisen eindeutig, wie sehr die Partei „gerechte“ revolutionäre Kriege oder Guerilla-Kämpfe bewundert. Diese Verehrung hat auch dazu geführt, dass *Die Linke* und früher die PDS seit Jahren die PKK oder auch die Narco-Terroristen der FARC unterstützen.<sup>62</sup>

*„Die Linke lehnt Einsätze der Bundeswehr im Inneren ab. Die Bundeswehr darf nicht als „Hilfspolizei“ eingesetzt werden. Aufgaben von Militär und Polizei sowie Militär und zivilem Katastrophenschutz sind strikt zu trennen. Statt der Bundeswehr den Zugang in die zivilen Verwaltungen zu gewähren, ist der zivile Katastrophenschutz auf allen Ebenen zu erhalten und zu stärken. [...] Die Vermischung der Zuständigkeiten von Polizei und Militär stellt einen eklatanten Verfassungsbruch dar.“<sup>63</sup>*

Dieser auf den ersten Blick relativ neutral formulierte Absatz bietet ein gutes Beispiel für die Ideologie der Linken. Es steht völlig außer Frage, dass ein Staat einen zivilen Katastrophenschutz braucht, der in der Lage ist, in Krisenfällen die Bedürfnisse der Allgemeinheit zu befriedigen. Die Tirade gegen die Bundeswehr verweist auf eine ganz andere Interpretation: Die Bundeswehr gilt der *Linken* noch immer als Erbin der Wehrmacht und daher also faschistoide Struktur, die in Krisenfällen jederzeit bereit ist, sich gegen das Volk zu wenden. Offenbar kann *Die Linke* die Realität nicht akzeptieren: Soldaten und Offiziere sind Bürger in Uniform, deren Identifikation mit den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht bezweifelt werden kann. Den Einsatz der Streitkräfte im Katastrophenfall sehen alle europäischen Länder

ohne Ausnahme vor. Noch niemals haben Generäle solche Situationen zum Putsch und zur Machtübernahme genutzt. *Die Linke* beschwört aber immer wieder dieses Szenario und zeigt so, wie sehr sie in ihrer Fixierung auf den Faschismus der deutschen Gesellschaft gefangen ist.

### 3.6 DROGENPOLITIK: DAS „RECHT AUF RAUSCH“

*Die Linke* verurteilt in ihrem Wahlprogramm für NRW die „Repression und ‚Null-Toleranz‘“ der Landesregierung auf dem Felde der Drogenpolitik. Sie fordert „eine vernünftige, tolerante und humane Drogenpolitik“:

*„Um die Kriminalisierung von Drogenkonsumentinnen und -konsumenten zu beenden, treten wir für eine Änderung des Betäubungsmittelrechts im Sinne einer deutlichen Liberalisierung ein. [...] Die Legalisierung von Cannabis soll ein erster Schritt sein.“<sup>64</sup>*

Bereits 2004 hatte die PDS Jugend Sachsen in ihrem Wahlprogramm den „Rausch ohne Reue“ eingefordert.<sup>65</sup> In dieselbe Richtung zielen auch die drogenpolitischen Forderungen der *Linken.NRW*. Sie propagiert als ersten Schritt die Legalisierung von Cannabis.

Wenn Cannabis legal wäre – so die Behauptung der *Linken* – würde die Wahrscheinlichkeit verringert, dass die Produkte der Hanfpflanze als Einstiegsdrogen für andere, härtere Rauschmittel fungieren.

*„DIE LINKE.NRW fordert: Eine „akzeptierende Drogenpolitik“.“<sup>66</sup>*

Vorbild für die „akzeptierende Drogenpolitik“ seien die Niederlande. Sie müsse mit zahlreichen unterstützenden Maßnahmen flankiert werden:

*„Einführung einer Unterrichtseinheit „Genuss- und Rauschmittelkunde“ an den nordrhein-westfälischen Schulen als Teil einer glaubhaften Prävention durch objektive und differenzierte Aufklärung. Die Regulierung des derzeitigen völlig „freien“ Drogenmarktes durch eine Bundesratsinitiative oder ein nordrhein-westfälisches Modellprojekt für Cannabis, welches den Besitz, Erwerb, Anbau und Handel unter Berücksichtigung des Jugendschutzes legalisiert.“<sup>67</sup>*

Fast könnte man die bekannte Feststellung des bayerischen Kabarettisten Gerhard Polt „Die Idee des Freibiers ist tiefreligiös“ auf diese Forderungen der *Linken*.NRW ummünzen und sagen: „Rausch ist ein Menschenrecht!“ Es hat den Anschein, als wolle *Die Linke* ausgerechnet auf dem Feld der Drogenpolitik die Vorzüge der Marktwirtschaft und des Lobbyismus erkennen und anwenden. Würden ihre Forderungen umgesetzt, würde der Staat zu einer Art Monopolist (zunächst) für Cannabis-Produkte mutieren: von der Anbauberatung über die richtige Weiterbearbeitung, Veredelung und Vermarktung der Endprodukte. Da gleichzeitig die Lehrer an den Schulen den korrekten Umgang mit dem „Genusmittel“ lehren würden, wäre auch der Absatz gesichert – natürlich unter strikter Beachtung des Jugendschutzes. Die geradezu zynische Selbstverständlichkeit, mit welcher der Staat hier zum Dealer gemacht werden soll, ist erschreckend.

„Nachvollziehbare THC-Grenzwerte auf wissenschaftlich gesicherter Grundlage für die Teilnahme am Straßenverkehr bei Cannabiskonsum, ähnlich der Promille-Regelung bei Alkohol, festlegen.“<sup>68</sup>

Während die Bundestagsfraktion der *Linken* dem 2007 verabschiedeten Alkoholverbot im Straßenverkehr für junge Autofahrer bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres zustimmte und einige ostdeutsche Landtagsfraktionen der *Linken* sogar die in der DDR geltende Null-Promille-Grenze forderten und fordern, macht sich *Die Linke* in NRW zum Fürsprecher von Grenzwerten für Cannabis konsumierende Autofahrer: Ähnlich wie Promillegrenzen bei Alkoholtrinkern sollten THC-Grenzwerte bei Cannabiskonsumern festgelegt werden. Dies bedeutet faktisch, dass der THC-Grenzwert erhöht werden soll, denn das Bundesverfassungsgericht hat 2005 in einem Urteil den Grenzwert, ab dem die Fahrtüchtigkeit eingeschränkt sein kann, bereits festgelegt: auf 1,0 Nanogramm THC je Milliliter Blut.<sup>69</sup>

### 3.7 BILDUNGSPOLITIK

*Die Linke* wirft der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Kapitel VII. Bildung ist keine Ware. Mehr Geld für Bildung – Für ein sozial gerechtes Bildungssystem „Klassenkampf“ in der Bildungspolitik vor. Die schwarz-gelbe Landesregierung habe die „Selektion im Schulsystem“ verschärft, Bildung hänge vom Geldbeutel der Eltern ab. Die Bildungspolitik der *Linken* dagegen werde jedem Kind eine „hochwertige und demokratische“ Bildung ermöglichen.

„Die Vergleichsarbeiten (VERA) in der Grundschule, die Lernstandserhebungen (LSE) in der achten Klasse, zentrale Prüfungen in der Klasse 10 und das Zentralabitur sowie Kopfnoten sind nur einige Bausteine, mit denen die schwarz-gelbe Landesregierung das Bildungssystem den Wirtschaftsinteressen angepasst hat. Auch die Schulzeitverkürzung in Form des achtjährigen Gymnasiums (G8), die von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN vorangetrieben wurde, lehnt DIE LINKE.NRW ab.“<sup>70</sup>

*Die Linke* unterstellt, dass Leistung und ihre Beurteilung die Unterwerfung unter ökonomische Interessen seien und lehnt sie deshalb strikt ab, ebenso die Nichtversetzung in die nächste Klasse. Dies gilt selbstverständlich auch für die Kopfnoten, die etwa Mitarbeit und soziales Verhalten beurteilen und für die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Schuljahre.

„Der Mensch wird dabei nicht gebildet, sondern seine Kompetenzen werden für globale Märkte optimiert. Bildung wird nach kapitalistischer Verwertungslogik geleitet.“<sup>71</sup>

*Die Linke* in NRW verharret auch in der Bildungspolitik in sozialistischen und kommunistischen Denkstrukturen. Der Begriff „kapitalistische Verwertungslogik“ stammt aus der Mottenkiste kommunistischer Klassenkämpfer. *Die Linke* diffamiert nicht nur die demokratischen Politiker, sondern auch Lehrer und Erzieher. Ihnen allen wird unterstellt, im Dienste böser Mächte (der Kapitalisten) Kinder und Jugendliche einer „Verwertungslogik“ unterzuordnen.

„Bildung muss eine staatliche Angelegenheit bleiben und darf nicht privatisiert werden. Schulen in privater Trägerschaft lehnen wir daher ab.“<sup>72</sup>

Heftig abgelehnt werden Schulen (ebenso wie Kindergärten, Kitas, usw.) in privater Trägerschaft. Sie sollen nicht mehr durch Landesmittel gefördert werden.<sup>73</sup> Privatschulen haben keinen Platz im Konzept der egalitären Bildung für alle. Zugunsten der Gleichheit muss die Wahlfreiheit der Eltern und Kinder zurückstehen. Dies gilt übrigens auch für das Prinzip der freien Wahl auch der staatlichen Schule, also für die erfolgte Abschaffung des verbindlichen Schulsprengels. *Die Linke* will diese „irrsinnige Idee“<sup>74</sup> wieder rückgängig machen. Auch hier soll die Freiheit des einzelnen eingeschränkt werden zugunsten der behaupteten Gleichheit.

Die totale Ablehnung der Privatschulen hängt zweifellos auch damit zusammen, dass es die christlichen Kirchen sind, die die meisten Schulen (und Kindergärten, Kitas, usw.) in privater Trägerschaft führen.

Ein nicht unerheblicher Teil der nordrhein-westfälischen ehemaligen KB-, KBW-, DKP-Mitglieder der *Linken* scheint die geistigen Schützengräben des Kampfes gegen die christlichen Kirchen noch nicht verlassen zu haben, sondern führt den Kirchenkampf in der Tradition Walter Ulbrichts, Josef W. Stalins oder Mao Zedongs fort. Dabei könnte durchaus von Bedeutung sein, dass Mitglieder christlicher Kirchen, insbesondere Katholiken, deutlich seltener *Die Linke* wählen als kirchlich nicht gebundene und/oder nicht gläubige Menschen. Die christlichen Kirchen sind also eindeutige Gegner.

*„Deshalb will DIE LINKE.NRW „Eine Schule für alle“ von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform. Dies ist eine Schule, die alle Schulformen, auch Förderschulen und Gymnasien einbezieht. Ein zweigliedriges Schulsystem, wie es in anderen Bundesländern umgesetzt wird, dient nur der Rettung des Gymnasiums. Deshalb lehnen wir es entschieden ab. „Eine Schule für alle“ orientiert sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler. Sie ist integrativ (Kinder mit und ohne Behinderungen lernen gemeinsam), barrierefrei und sozial. Diese Schule ist jahrgangsübergreifend, fördernd und kennt keine Ziffernnoten. Sie fördert das soziale Miteinander und den Spaß am Lernen.“<sup>75</sup>*

Ähnlich wie in Berlin – dort allerdings in der Regierung – kämpft *Die Linke* für die 10-klassige Gemeinschaftsschule, wie es sie in der DDR gab (Polytechnische Oberschule – POS). Dort jedoch waren Leistung und Schulnoten von großer Bedeutung. Die Schule war weder integrativ, noch jahrgangsübergreifend oder gar „ziffernnotenfrei“. Wir finden hier also eine idealisierte Form der POS, die es so nie gab, durchwirkt mit Versatzstücken der Tradition der westdeutschen 1968er: die Ablehnung der Leistung und ihrer systematischen Beurteilung, die deutliche Präferenz des sozialen Lernens vor dem intellektuellen, die Ausrichtung an den vorgeblich individuellen Bedürfnissen der Kinder – es sind die gängigen Forderungen und Floskeln der antiautoritären Erziehung.

Erstaunlich ist, dass die Notwendigkeit einer Einheitsschule begründet wird mit den Ergebnissen der PISA-Studie, nachdem an anderer Stelle (siehe oben) alle Leistungsfeststellungen und -vergleiche abgelehnt wurden. Akzeptabel sind also Leistungsüberprüfungen nur, wenn sie

zur Untermauerung der eigenen Position genutzt werden können. Die Tatsache, dass die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen, die am besten abgeschnitten hatten, klar gegliederte Schulsysteme haben, wird ignoriert.

Neben der äußeren Schulreform strebt die *Linke* eine innere Schulreform (Absatz: Die Schule als Haus des demokratischen Lernens und Lebens) an.

*„Schülerinnen und Schüler sollen von Anfang an lernen, ihr Zusammenleben und ihr Lernen selbst zu gestalten. Das gilt für die Inhalte wie für die Formen des Lernens. [...] Sie sollen vielmehr die Möglichkeit bekommen, selbst zu entscheiden, was und wie sie lernen.“<sup>76</sup>*

Hier findet sich in geradezu klassischer Form der antiautoritäre Reflex der 1968er: Schülerinnen und Schüler sollen selbst entscheiden, was sie wann, wie und mit wem lernen wollen. Das erinnert an die Zeit der Kinderläden, als der als Frage formulierte Witz kursierte: „Müssen wir heute schon wieder spielen, was wir wollen?“

Strukturierte Bildungs- und Erziehungsarbeit, deren Ergebnisse überprüf- und nachvollziehbar sind, wird so obsolet. Das wäre das Ende jeder gezielten Bildungs- und Erziehungsarbeit und jeder Form des strukturierten Forderns und Förderns.

*„DIE LINKE.NRW fordert auch eine Demokratisierung in den Entscheidungsstrukturen der Schulen. SchülerInnenvertretungen sollen sich mit allen Belangen der Schülerinnen und Schüler befassen können. Die Schülerinnen und Schüler sollen des Weiteren im Unterricht über die Auswahl von Themen sowie über die Unterrichtsgestaltung mitentscheiden dürfen. In der Schulkonferenz ist eine Stärkung der SchülerInnenposition geboten. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler 50 Prozent der Stimmen in der Schulkonferenz bekommen.“<sup>77</sup>*

Hinter der Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen der Schulen verbirgt sich ein weiterer Aspekt der Strategie der „Demokratisierung der Demokratie“. Über eine möglichst große Zahl von Räten/Vertretungen usw. soll es fortschrittlichen Kräften ermöglicht werden, Einfluss auf Abläufe und Entscheidungen zu nehmen und so gewählte politische Entscheidungsträger auszuhebeln oder zumindest zu behindern. Würde

die Schulkonferenz zur Hälfte mit Schülern besetzt, so stünden den Lehrer(inne)n und Eltern sowie dem Schulträger die zweite Hälfte zu. Bislang sieht das Schulgesetz an den Schulen der Sekundarstufe II in NRW ein Verhältnis von 3 (Lehrer) : 1 (Eltern) : 2 (Schüler) vor. Während die Position der Lehrer(innen) stark geschwächt würde, würden die Schüler(innen) eine dominierende Position einnehmen. Da die Schulkonferenz den Schulleiter/die Schulleiterin wählt, wären die Folgen weitreichend. Die Folgen für SEK I und die Grundschule wären noch gravierender.

*„Kindertagesbetreuung gehört in die öffentliche und nicht in die privat-gewerbliche Hand.“<sup>78</sup>*

Auch hier (Absatz Gemeinsam spielend lernen: Kinder brauchen gute Kitas) zeigt sich der antikirchliche Reflex und das Misstrauen gegenüber allen nichtstaatlichen Einrichtungen, denen reines Profitinteresse unterstellt wird.

*„Für die Kurzen nur das Beste.“<sup>79</sup>*

Dieser Slogan ist keineswegs originell. Mit ihm bewarb die Firma „Erfurt“ bereits 2005 ihre Produkte zur Gestaltung von Kinderzimmern.<sup>80</sup> Die Linke hat ihn übernommen.

*„Die neoliberale Bertelsmann-Stiftung diktierte CDU und FDP das sogenannte „Hochschulfreiheitsgesetz“ und machte den Weg frei für die Einführung von allgemeinen Studiengebühren. Aber auch die ehemalige rot-grüne Regierung hat den schleichenden Weg zu Studienbeiträgen mit zu verantworten. Jene „Eliten“ forcieren mit der Einführung des Hochschulfreiheitsgesetzes die kapitalistische Verwertbarkeit der Studierenden.“<sup>81</sup>*

Wie tief Die Linke in NRW im sozialistischen und antidemokratischen Denken verhaftet ist zeigt sich ganz klar (Absatz Hochschulbildung unabhängig von sozialer Herkunft ermöglichen) in ihrer Wortwahl und selbstverständlich in der damit einhergehenden Botschaft: die „neoliberalen“ Bertelsmannstiftung „diktierte“ das Hochschulfreiheitsgesetz, dessen Rücknahme wenig überraschend eine der Forderungen der Linke.NRW ist:

*„Hochschulen in staatliche Verantwortung – Rücknahme des Hochschulfreiheitsgesetzes.<sup>82</sup> Profitinteressen prägen vermehrt die Ausrichtung der einzelnen Institute. Unter dem Stichwort „Drittmittelwerbung“ verschaffen sich selbst Rüstungskonzerne einen direkten und unkomplizierten Zugang zu den einzelnen Instituten.“<sup>82</sup>*

Die Linke sieht in der Drittmittelwerbung durch einzelne Institute ein Einfallstor für die Rüstungskonzerne. Der Kampf gegen die Rüstungsindustrie gehört zu den zentralen Aktionsfeldern ihrer Friedenspolitik. Deshalb ist die nachfolgende Forderung logisch und ergänzt sich mit allgemeinen antikapitalistischen Forderungen:

*„Rüstungsforschung und industriegeführte Forschung aus öffentlichen Mitteln beenden.“<sup>83</sup>*

Die Linke.NRW erhebt weitreichende Forderungen nach „Demokratisierung“ der Hochschulen. Die vom Centrum für Hochschulentwicklung der Bertelsmann-Stiftung sowie vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft geforderte und begrüßte Einführung von Hochschulräten als moderne Hochschulsteuerungsorgane will Die Linke.NRW rückgängig machen.

*„Die Demokratisierung von Hochschulen und die Mitbestimmung von Studierenden in allen Gremien – Weg mit den Hochschulräten.“<sup>84</sup>*

Gleichzeitig erhebt sie die Forderung nach der Einführung neuer Quotierungen bei den Senaten zur Stärkung der studentischen Selbstverwaltung. Der Senat der Universität zu Köln beispielsweise besteht aktuell aus dem Rektor als Vorsitzenden, sechs Vertretern der Gruppe der Professoren, zwei Vertretern der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter, zwei Vertretern der Gruppe der Studenten und einem Vertreter der Gruppe der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter. Die geforderte Zusammensetzung würde den Einfluss der Studierenden, aber auch der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter(innen) enorm erhöhen.

*„Die Stärkung von studentischer Selbstverwaltung und die Einführung einer Viertelparität in den Senaten – jeweils ein Viertel Studierende, Professorinnen und Professoren, wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“<sup>86</sup>*



Durchaus Zündstoff steckt in der folgenden Forderung:

*„Die gesetzliche Verankerung des allgemeinpolitischen Mandats für die demokratisch gewählten und damit legitimierten Studierendenvertretungen.“<sup>87</sup>*

Die Wiedereinführung des allgemeinpolitischen Mandats für die Studierendenvertretungen würde es den Studierendenvertretungen gestatten, sich zu allgemeinen politischen Fragen zu äußern, was seit den späten 1970er Jahren gesetzlich untersagt ist.

Geschähe dies, so könnten die wegen der geringen Wahlbeteiligung kaum legitimierten Studierendenvertreter(innen) sich zu jedem innen- und weltpolitischen Thema offiziell äußern, ganz wie zu den Studienzeiten der Alt-1968er, als die Studierendenvertretung sich zum Vietnam-Krieg ebenso äußerte wie zum geplanten Kernkraftwerk Wyhl (oder dem „Schnellen Brüter“ in Kalkar) und dem Paragraphen 218 (Abtreibung). Damit wäre auch die Tür zum politischen Streik ein Stück weiter aufgestoßen.

*„DIE LINKE.NRW ist für die Trennung von Kirche und Staat. Für uns ist Religion eine Privatangelegenheit. Sie fordert: Gemeinsamer Ethikunterricht für alle, in dem unterschiedliche Religionen und Weltanschauungen kennengelernt werden können.“<sup>88</sup>*

Die Aussage „Religion ist Privatsache“ (Absatz: Gute öffentliche Bildung für alle – Unabhängig von Religion und Weltanschauung) ist eine Kampfpolemik der SPD aus dem Jahre 1891. Sie beschrieb im Erfurter Programm keinen realen Sachverhalt, sondern zielte darauf, den Einfluss der Kirchen auf Politik und Gesellschaft zurückzudrängen. Die Grundintention der *Linken.NRW* im Jahre 2010 ist dieselbe – allerdings zielt sie auf einen realen Sachverhalt: Alle Bundesländer mit Ausnahme Bremens und Berlins sehen Religion als ordentliches Unterrichtsfach vor. Dieses Pflichtfach will *Die Linke.NRW* durch das Pflichtfach Ethik ersetzen. Damit soll dem „Ärgernis Religionsunterricht“, wie das Linksnet den Artikel „Religiöser Bekenntnisunterricht gehört in die Kirche, nicht in die Schule“ untertitelt,<sup>89</sup> der Garaus gemacht werden. *Die Linke* in Berlin hat in der Pro-Ethik-Kampagne gegen das „Pro-Reli-Volksbegehren“ im April 2009, in welchem es um die Wahlfreiheit zwischen Religion und Ethik als Wahlpflichtfach ging, bereits die Argumente vorgegeben. Auf einem Plakat,

das im Übrigen nur in den Ost-Berliner Stadtteilen plakatiert worden ist, sieht man auf einer Tapete aus den frühen 1970er Jahren einen gerahmten Druck von Dürers „Betenden Händen“ und darunter die Losung „Religion ist freiwillig“.<sup>90</sup> Religion wird als altmodisch und überflüssig dargestellt, zumindest für die jungen Menschen und ihre Zukunft.

Die Tatsache, dass das Grundgesetz und unsere Gesellschaftsordnung auf christlichen Werten fußen, findet keine Erwähnung. Aus dem konfessionellen Religionsunterricht soll ein „integratives Lernmodell“ für Ethik und Religionskunde werden. Unerwähnt bleibt weiter, dass es weder entsprechende Lehrpläne noch genügend qualifizierte Lehrkräfte für den geforderten Unterricht gibt. Und in Nordrhein-Westfalen ist es nicht möglich, auf ehemalige „Stabü-Lehrer“ zurückzugreifen, die in Berlin (und auch in anderen neuen Bundesländern) nach dem Ende ihres DDR-Lehrfachs Staatsbürgerkunde auf Ethik „umgeschult“ haben. Hauptziel ist es, die Kirchen aus den Schulen zu drängen – und damit langfristig aus der öffentlichen Wahrnehmung.

*„Die Streichung der Garantie für den bekenntnisorientierten Religionsunterricht an Schulen in der Landesverfassung sowie der Ehrfurcht vor Gott als Ziel der Erziehung nach Artikel 7 Landesverfassung sowie § 2 Schulgesetz NRW.“<sup>91</sup>*

Damit geht sie noch weiter als ihre Berliner Parteifreunde: Der bekenntnisorientierte Religionsunterricht soll nicht einmal mehr als freiwilliges Angebot erhalten werden. Auch das Erziehungsziel der „Ehrfurcht vor Gott“ soll aus der Landesverfassung und dem Schulgesetz getilgt werden. Damit greift *die Linke.NRW* die Grundlagen der Landesverfassung und des Grundgesetzes, die christliche Basis der demokratischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland massiv an. So erschreckt sie selbst Parteifreunde wie Bodo Ramelow, der in einem *Spiegel*-Interview seine Parteifreunde davor warnt, „antireligiös zu agieren. Wir haben Bündnispartner, die in Kirchen gebunden sind. Die dürfen wir nicht verlieren.“<sup>92</sup>

- 1| ND-Gespräch mit OSKAR LAFONTAINE (13. Februar 2010), in: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/165005.man-muss-die-linke-an-dem-erkennen-was-sie-in-keinem-fall-machen-wird.html>
- 2| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 4, 24. Februar 2010.
- 3| Ebd., S. 76.
- 4| Menschenrechte, in: [http://www.linksfraktion.de/thema\\_der\\_fraktion.php?artikel=1743829762](http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1743829762).
- 5| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 22, 24. Februar 2010.
- 6| Ebd., S. 59.
- 7| Ebd., S. 35.
- 8| Ebd., S. 72.
- 9| Siehe Patrick Moreau, Kulturelle Hegemonie: Gramsci und der Gramschiismus, in: Uwe Backes, Stéphane Courtois, „Ein Gespenst geht um in Europa. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Schriften des Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Bd. 20, Köln 2002, S. 259-284.
- 10| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 12, 24. Februar 2010.
- 11| Ebd., S. 2.
- 12| Ebd., S. 2.
- 13| Ebd., S. 3.
- 14| Ebd., S. 24.
- 15| Ebd., S. 3.
- 16| Ebd., S. 6.
- 17| Ebd., S. 13.
- 18| Ebd., S. 3.
- 19| Ebd., S. 3.
- 20| Ebd., S. 4.
- 21| Ebd., S. 13.
- 22| Ebd., S. 14.
- 23| Ebd., S. 8.
- 24| Ebd., S. 13.
- 25| Ebd., S. 39.
- 26| Ebd., S. 41.
- 27| Ebd., S. 68.
- 28| Ebd., S. 27.
- 29| Siehe: Aktuelle Entwicklungstendenzen im deutschen Rechtsextremismus, [http://dielinke.de/politik/analysen\\_und\\_positionen/aktuelle\\_entwicklungstendenzen\\_im\\_deutschen\\_rechtsextremismus/](http://dielinke.de/politik/analysen_und_positionen/aktuelle_entwicklungstendenzen_im_deutschen_rechtsextremismus/); Themen A bis Z. Positionspapiere, [http://www.linksfraktion.de/themen\\_der\\_fraktion\\_s\\_z.php](http://www.linksfraktion.de/themen_der_fraktion_s_z.php).
- 30| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 72, 24. Februar 2010.
- 31| So der Untertitel von Marx' Hauptwerk „Das Kapital“.
- 32| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 72, 24. Februar 2010.
- 33| Ebd., S. 70.

- 34| Lothar Bisky, Für eine Neuaneignung antifaschistischer Traditionen, in: [http://die-linke.de/politik/aktionen/nazis\\_stoppen\\_nie\\_wieder\\_faschismus\\_nie\\_wieder\\_krieg/detail/browse/4/zurueck/ausgewaehlte-presseerklarungen-gegen-rechts/artikel/fuer-eine-neuaneignung-antifaschistischer-traditionen/](http://die-linke.de/politik/aktionen/nazis_stoppen_nie_wieder_faschismus_nie_wieder_krieg/detail/browse/4/zurueck/ausgewaehlte-presseerklarungen-gegen-rechts/artikel/fuer-eine-neuaneignung-antifaschistischer-traditionen/) „Ich will in dem Zusammenhang auch sagen, dass ich viel davon halte, sich einer Neuaneignung vernünftiger antifaschistischer Traditionen zuzuwenden. Der Antifaschismus war einseitig in der DDR, das wird nicht ernsthaft bestritten. Aber ihn deswegen abzuschaffen, ist keine Lösung. Ich denke dabei an antifaschistische Kunst, die es gegeben hat, ich denke an bedeutende Filme, bedeutende Musik und Literatur und tue auch etwas dafür, dies immer wieder in Erinnerung zu rufen und zu pflegen. Das kostet nichts, das ist hilfreich.“
- 35| Definition auf dem XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern im Dezember 1933 in Moskau.
- 36| Kleines politisches Wörterbuch, 7. Auflage, Berlin (Ost) 1988, S. 43.
- 37| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 73, 24. Februar 2010.
- 38| Zit. nach: J. W. Stalin, Werke, Band 6, Berlin 1952, S. 253.
- 39| Siehe: Tim Laumeyer, Kapitel Strategien. Antifa als Kampf ums Ganze – Zur Geschichte der organisierten autonomen Antifa, in: Block fascism! Geschichte, Analysen und Strategien für eine antifaschistische Praxis, [http://www.linke-sds.org/media/broschueren\\_buecher\\_reader/](http://www.linke-sds.org/media/broschueren_buecher_reader/).
- 40| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 12, 24. Februar 2010.
- 41| Ebd., S. 74.
- 42| Ebd., S. 73.
- 43| Faschismus, in: [http://www.linksfraktion.de/thema\\_der\\_fraktion.php?artikel=1791291298](http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1791291298).
- 44| [http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/bag\\_rechtsextremismus\\_antifaschismus\\_antifa\\_aktuell\\_antifa\\_aktuell\\_62008/](http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/bag_rechtsextremismus_antifaschismus_antifa_aktuell_antifa_aktuell_62008/). (Beschluss des 1. Bundesparteitages Die Linke Cottbus, 24. und 25. Mai 2009).
- 45| Siehe auch Prof. Dr. Detlef Joseph, Praktizierbarer Antifaschismus in der BRD? Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS: November 2005, in: [http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/kpf-mitteilungen/view\\_html?zid=30782&bs=1&n=7](http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/kpf-mitteilungen/view_html?zid=30782&bs=1&n=7); Antifaschistisches Aktionskonzept DIE LINKE. Leipzig, in: <http://agantifa.blogspot.de/images/DieLinke.LeipzigAntifaschistischesAktionskonzept.pdf>.
- 46| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 64, 24. Februar 2010.
- 47| Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2008, in: [http://www.im.nrw.de/imshop/shopdocs/Verfassungsschutzbericht\\_2008.pdf](http://www.im.nrw.de/imshop/shopdocs/Verfassungsschutzbericht_2008.pdf), insbesondere DIE LINKE als Beobachtungsobjekt für den Verfassungsschutz, S. 30 bis 44.
- 48| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 6, 24. Februar 2010.
- 49| Ebd., S. 6.
- 50| Laut einer nicht veröffentlichten Studie über die Wählerschaft der Grünen ist für mehr als 70 % der Grünen Wähler die Ökologie und 30 % die soziale Gerechtigkeit ausschlaggebend. Die Linke will in beide Elektorate eindringen.
- 51| Der Grüne Zukunftsplan für NRW, in: <http://essen2010.gruene-ldk.de>, besonders: 1. Präambel – Grüner Zukunftsplan; 4. Kapitel – Ökologisches NRW.

- 52| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 34, 24. Februar 2010.
- 53| Ebd., S. 12.
- 54| Dietrich Eichholtz, „NATO säubert Balkan fürs Kapital“, in: Neues Deutschland vom 1.11.1995.
- 55| Z.B. Friedenspolitik, in: <http://www.die-linke.de/index.php?id=2861>; Wahlprogramm, in: [http://die-linke.de/wahlen/positionen/wahlprogramm/bundestagswahl/5\\_frieden\\_und\\_gerechtigkeit\\_weltweit/53\\_deutsche\\_aussenpolitik\\_friedenspolitik\\_durchsetzen/](http://die-linke.de/wahlen/positionen/wahlprogramm/bundestagswahl/5_frieden_und_gerechtigkeit_weltweit/53_deutsche_aussenpolitik_friedenspolitik_durchsetzen/); Zu Krise und Krieg, in: <http://www.die-linke.de/index.php?id=5464>.
- 56| Entwicklungspolitik, in: [http://www.linksfraktion.de/thema\\_der\\_fraktion.php?artikel=1707060623](http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1707060623).
- 57| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 7, 24. Februar 2010.
- 58| ND, 24. Januar 1991.
- 59| Programm der PDS, beschlossen auf dem 3. Parteitag 1993, Ziffer 4.10 „Globale Bedrohungen abwehren“.
- 60| Oskar Lafontaine, Zur Strategie der Partei DIE LINKE nach der Bundestagswahl 2009. Rede am 19. Januar 2010 in Saarbrücken, in: <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1305285801>, Rede Michael Leutert. Bundesregierung ist in der Logik einer militärischen Außenpolitik gefangen. Beratung zum Haushaltsgesetz 2010 - Einzelplan des Außenministeriums, in: <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1315895157>.
- 61| Siehe UNO, [http://www.linksfraktion.de/thema\\_der\\_fraktion.php?artikel=1711859989](http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1711859989).
- 62| Siehe Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2008, [http://www.im.nrw.de/imshop/shopdocs/Verfassungsschutzbericht\\_2008.pdf](http://www.im.nrw.de/imshop/shopdocs/Verfassungsschutzbericht_2008.pdf).
- 63| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 76, 24. Februar 2010.
- 64| Ebd., S. 67.
- 65| Siehe <http://portal.pds-sachsen.de/aktuell.asp?idd=1937>.
- 66| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 67, 24. Februar 2010.
- 67| Ebd., S. 68.
- 68| Ebd.
- 69| AZ 1 BvR 2652/03.
- 70| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 45, 24. Februar 2010.
- 71| Ebd., S. 45.
- 72| Ebd., S. 45.
- 73| Ebd., S. 46.
- 74| Ebd., S. 47.
- 75| Ebd., S. 48.
- 76| Ebd., S. 49.
- 77| Ebd., S. 50.
- 78| Ebd., S. 47.

- 79| Ebd., S. 47.
- 80| Siehe [http://www.erfurt.com/cms/nc/press/pressmain/press-archive/presstext/19/download/Kinderzimmer-Outfit-Wohngesundheit\\_Renovierungsaufwand\\_und\\_optische\\_Reizflut\\_beruecksichtigen1117446420.rtf.html](http://www.erfurt.com/cms/nc/press/pressmain/press-archive/presstext/19/download/Kinderzimmer-Outfit-Wohngesundheit_Renovierungsaufwand_und_optische_Reizflut_beruecksichtigen1117446420.rtf.html).
- 81| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 52, 24. Februar 2010.
- 82| Ebd., S. 53.
- 83| Ebd., S. 52.
- 84| Ebd., S. 53.
- 85| Ebd., S. 53.
- 86| Ebd., S. 53.
- 87| Ebd., S. 53.
- 88| Ebd., S. 54.
- 89| Siehe <http://www.linksnet.de/artikel/24865>.
- 90| Siehe [http://images.google.de/imgres?imgurl=http://www.petrapau.de/gfx/logos/090316\\_plakat\\_ve\\_gross.jpg&imgrefurl=http://www.petrapau.de/aktuell/news\\_0903.htm&usq=\\_\\_yHpXUbQ6nCqC594QBs7Jj-JQA8=&h=600&w=424&sz=59&hl=de&start=1&um=1&itbs=1&tbnid=1SRBQ9FSbfspzM:&tbnh=135&tbnw=95&prev=/images%3Fq%3DPlakat%2Bpro-Ethik%2BDIE%2BLINKE%26hl%3Dde%26client%3Dfirefox-a%26rlz%3D1R1GGGL\\_en\\_\\_DE356%26sa%3DN%26um%3D1](http://images.google.de/imgres?imgurl=http://www.petrapau.de/gfx/logos/090316_plakat_ve_gross.jpg&imgrefurl=http://www.petrapau.de/aktuell/news_0903.htm&usq=__yHpXUbQ6nCqC594QBs7Jj-JQA8=&h=600&w=424&sz=59&hl=de&start=1&um=1&itbs=1&tbnid=1SRBQ9FSbfspzM:&tbnh=135&tbnw=95&prev=/images%3Fq%3DPlakat%2Bpro-Ethik%2BDIE%2BLINKE%26hl%3Dde%26client%3Dfirefox-a%26rlz%3D1R1GGGL_en__DE356%26sa%3DN%26um%3D1).
- 91| Wahlprogramm, Die Linke.NRW: [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE\\_LINKE.NRW\\_Langwahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW/DIE_LINKE.NRW_Langwahlprogramm.pdf), S. 54, 24. Februar 2010.
- 92| Siehe <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-67398809.html>.

## 4. ZUSAMMENFASSUNG: EIN KREUZZUG GEGEN DIE FREIHEIT

*„Rücksichtslosigkeit ist erste Bedingung aller Kritik“.  
Karl Marx MEW 34, 48*

Die programmatischen Positionen des Landesverbandes NRW der Partei *Die Linke* stehen im Einklang mit den Positionen der Partei auf nationaler Ebene. Beide stellen den Anspruch, *die* „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ zu sein, ins Zentrum. Tatsächlich hat die Partei bis 2005 als PDS, jetzt als *Die Linke*, überlebt, weil sie die Thematik „soziale Gerechtigkeit“ quasi okkupiert und in ihrer Propaganda auf das Beste zu nutzen wusste.

Die Analyse der Programmatik zeigt scheinbare Differenzen zwischen Traditionalisten und Reformern sowohl im Landesverband NRW als auch in der Gesamtpartei. Die „Traditionalisten“/Fundamentalisten verbinden den Diskurs über die „Gerechtigkeit“ stets mit ihrem Projekt der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft. Die „Modernisierer“/Reformer dagegen plädieren für ein Modell radikaler Transformation. Diese beiden Optionen sind aber komplementär und quasi vollständig kompatibel. Sie sprechen unterschiedliche Wählertypen an, die alle mobilisiert werden müssen, um eine Beteiligung an der Macht zu erreichen.

2010 definiert sich die Partei nach wie vor als sozialistisch und vermittelt damit eine komplexe Botschaft. Allein die Verwendung dieses Terminus enthält die Möglichkeit eines radikalen Wandels gedanklich aufrecht: des Bruchs mit dem kapitalistischen System. Auf welche Weise dieser erfolgen soll – sei es auf friedlichem Weg durch die Erringung der ideologischen Hegemonie, sei es auf anderen Wegen – wird ganz bewusst nur sehr nebulös umschrieben. Die Argumentation der *Linken.NRW* und der Gesamtpartei speist sich aus drei Traditionslinien: aus der Zugehörigkeit zur Familie der Kräfte des Fortschritts (dazu gehören die verschiedenen Arbeiterbewegungen des 19./20. Jahrhunderts) und aus der Zukunftsorientierung ihres Projekts. Diese beiden Aspekte ergänzen sich. Der Diskurs ist (vordergründig) ideologisch kohärent und gleichzeitig radikal genug, damit die Partei den Mythos der „Systemveränderung“ nicht den Gruppen der extremen Linken (DKP, Autonome, aber auch Altermondialisten vom Typ ATTAC) überlassen muss.

In der Auseinandersetzung um ihre Zukunft bedient sich die Partei vom traditionellen Kommunismus übernommener ideologischer und strategischer Elemente. Gleichzeitig öffnet sie sich jedoch neuen Strategien und Ideen. Von diesen erhofft sie eine Neuschöpfung ihres theoretischen und utopischen Erbes, welche umfassend und dabei vage genug ist, um das ganze Spektrum der Protestströmungen abzudecken. Die Dualität von Erbe und Modernität erklärt die Strategie, sich mit den Sozialdemokraten an der politischen Macht zu beteiligen. Sie ist auch der Grund für das Streben nach Unterstützung von und Einvernehmen mit den Gewerkschaften und mit zahlreichen kapitalismuskritischen Kräften (linke Christen, Pazifisten, Antifaschisten, „basisdemokratische“ Zirkel, Ökofundis, Antiimperialisten/Antiamerikaner/Antizionisten, Altermondialisten, usw.). Gleiches gilt für Akteure, die vor 1989 außerhalb der Partei standen und verteufelt wurden, Trotzlisten zum Beispiel, und alle noch weiter links stehenden Gruppen (KB- und BWK-Erben). Sie sind längst integriert. Solange sie die Strategie des reformistischen Flügels auf Bundesebene akzeptieren, können sie im Gegenzug ihre ideologischen Besonderheiten in NRW, aber auch in der Partei selbst wahren. Die Reformer sehen und instrumentalisieren dies als Zeichen des „Reichtums“ und der ideologischen Vielfalt. Gleichzeitig ist es ein internes Signal an diejenigen Mitglieder, die auf ein revolutionäres kommunistisches Modell fixiert sind, dass diese Option in der Partei lebendig bleibt.

Die Reformen um Gregor Gysi kennen die Gründe für die aktuelle Krise der Partei sehr genau: Am schwersten wiegen der Abschied Lafontaines vom Parteivorsitz und die Ost-West-Spannungen. Das Vorgehen der Reformen ist umsichtig und klar: Auf der einen Seite wollen sie die Partei bei den fortschrittlichen Eliten – nicht nur auf dem Feld der Politik, sondern auch in Medien, Kultur und Wissenschaft – neu bzw. wieder legitimieren. Die Partei erklärt sich zum „rationalen“ und demokratischen Akteur, der seinen Platz unter den verschiedenen Gruppen der demokratischen Linken gefunden hat.

*Die Linke* bietet allen linken Kräften ihre Unterstützung an beim Kampf gegen die extreme Rechte und gegen die Gefahr einer erneuten konservativen Hegemonie, die nach der Regierungsübernahme durch die schwarz-gelbe Koalition entstehen könnte. Die Gründe für dieses „antifaschistische“ Engagement der *Linken* sind ethischer und praktischer Natur. Der Rechtsextremismus ist eine Gefahr für *Die Linke* bei Wahlen in den neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern ist die extreme Rechte ebenfalls eine politische Konkurrenz um die Arbeiterschaft und das Protestpotential, allerdings eine sehr schwache. Will sich aber *Die Linke* im Westen verstärken, braucht sie die Stimmen aller Protestpotentiale. Der Antifaschismus bietet der *Linken* die Möglichkeit einer doppelten Kampagne: Sie kann die Notwendigkeit der „Reform“ der deutschen Demokratie betonen, um den wieder erstarkenden Faschismus im Keim auszurotten. Gleichzeitig kann sie versuchen, die Christdemokraten wegen ihrer Ablehnung der unkontrollierten Zuwanderung ins „rassistische“ und faschistoide Lager abzudrängen.<sup>1</sup> Ihr Antifaschismus enthüllt die Natur der *Linken*. Die Partei ist immer noch Gefangene der Kategorien der Komintern der 1930er Jahre zur Analyse des Faschismus. Dadurch gerät sie in Konflikt mit den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland, denn gewalttätige Aktionen der Autonomen werden von ihr entkriminalisiert und oft genug auch unterstützt.

*Die Linke* wendet sich nicht nur über den „Antifaschismus“ an Linksintellektuelle, Studenten und Globalisierungsgegner. Sie propagiert die Definition eines „pluralen Neomarxismus“, der sich mit dem Zustand des Kapitalismus und seinen gegenwärtigen und künftigen Krisen auseinandersetzt. Aber sie präsentiert keine vollständige Analyse, etwa in Form eines Dogmas wie des dialektischen Materialismus. Vielmehr schlägt sie der gesamten Linken eine theoretische Reflexion vor, die auf den spezifischen Positionen der verschiedenen Akteure – von der SPD bis zu den

Autonomen – aufbaut. Dieses Angebot impliziert umgekehrt von den Partnern die Anerkennung der Besonderheit (und der „theoretischen Qualität“) der Positionen der *Linken*. Hinter der Formulierung „Europäische Normalität“<sup>2</sup>, die sie im Europawahlkampf 2009 benutzt hat, verbirgt sich also eine doppelte Botschaft: Die Partei hat ihren ganz natürlichen Platz links von der demokratischen Linken. Zwar werden ihre Ideologie und ihr Programm überarbeitet und weiterentwickelt – *Die Linke* hat bislang noch kein offizielles Parteiprogramm, aber sie unterscheiden sich klar von denjenigen anderer Akteure der Linken.

Das Wahlprogramm des Landesverbandes NRW der Partei *Die Linke* spiegelt diese Denkweise wider: Es will den „Neoliberalismus“ kritisch analysieren und Möglichkeiten aufzeigen, ihn zu bekämpfen und zu überwinden. Zwischen den einander entfremdeten linken/antikapitalistischen Akteuren – von DKPlern bis zu linken Sozialdemokraten – müssen Brücken geschlagen werden. So sei die Hegemonie der *Linken* erreichbar, welche wiederum Voraussetzung für die Überwindung des Kapitalismus sei.

Die geistige Brücke zwischen den linken Akteuren bildet die Utopie von Gleichheit und Freiheit. *Die Linke* betont die Legitimität ihrer Absicht, diese Konzepte im Rahmen ihres politischen Projekts neu zu formulieren und dabei der Gleichheit die dominierende Position in diesem Wertegerüst zuzubilligen. Die erneute Verwurzelung aller linken Kräfte in dieser Gleichheitsutopie werde schließlich dem Weltsozialismus des 21. Jahrhunderts zum Durchbruch verhelfen.

Wenn sie auch eine leuchtende Zukunft erwartet, muss sich *Die Linke* doch in der Gegenwart ideologisch im Vergleich zu ihren Konkurrenten definieren. Dabei muss sie ihr Bild als Partei wahren, die auf die Probleme der Welt Antworten sucht und gibt. Der demokratische Sozialismus wird als Baustelle beschrieben, auf welcher zahlreiche Akteure – Mitglieder und Nichtmitglieder der Partei – mitarbeiten: von den Kommunisten der KPF bis zu den IGs und AGs, von reformorientierten Intellektuellen bis zu Vorfeld- und befreundeten Organisationen, von „Bruderparteien“, Freunden aus der KVEL/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament oder Genossen in der Europäische Linkspartei bis zur Rosa-Luxemburg-Stiftung. Um diesen Kern gruppiert sich eine „kapitalismuskritische“ politische Peripherie,<sup>3</sup> der z.B. die Memo-Gruppe oder die Zeitschrift „Sozialismus“ ebenso angehören wie Globalisierungskritiker

wie ATTAC, Atomkraftgegner oder Autonome. Die Botschaft an diese Peripherie ist klar: Die Linke bietet sich als parlamentarisches Sprachrohr und als Mitstreiterin bei außerparlamentarischen Aktionen an. Im Gegenzug fordert die Partei von der Peripherie, ihr bei Wahlen keine Konkurrenz zu machen und durch ihre Aktionen den Druck auf die in Regierungsverantwortung stehenden Politiker zu erhöhen.

Dieser politischen Peripherie, aber auch ihren Wählern versichert sie ihre Absage an Reformismus und Sozialdemokratisierung, wie etwa Oskar Lafontaine unermüdlich beteuert.

Eindeutig aufgegeben hat *Die Linke* auch in NRW das klassische marxistisch-leninistische Konzept des Systemumsturzes. Das gilt selbst für ihren Fundi-Flügel. Der Kampf um die Alleinherrschaft, um politische und kulturelle Hegemonie, führt über populistische Forderungen, die eine oppositionelle Massenbewegung initiieren sollen. Die Partei will diese Bewegung begleiten und nicht mehr (im leninistischen Sinn des Begriffes) offen steuern. Die Strategie der *Linken* zielt folglich auf die Herbeiführung einer sozialen und politischen Polarisierung, auf die Erzeugung oder Aufrechterhaltung von Spannungen, Widerständen und/oder politischen Streiks. *Die Linke* unterscheidet nicht zwischen sozial temperiertem Liberalismus und Neoliberalismus und prangert die „dominierende eindimensionale kapitalistische Weltanschauung“ an, zu der der Sozialismus die *einzig*e echte Alternative sei. Nur er sei in der Lage, alle Probleme der Menschheit zu lösen.

Von essentieller Bedeutung für die Partei war, ist und wird auch über 2010 hinaus die Wahrung des Hauptziels – das Ende des Kapitalismus – sein. Diese eschatologische Perspektive ist Grundlage der Identität der *Linken*. Alle intellektuellen Anstrengungen, alle programmatischen Angebote, jede Strategie und Taktik müssen inspiriert sein von dieser Perspektive und sind es auch. *Die Linke* widerspricht der Behauptung, die Sozialisten in Europa hätten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion keine Ideen oder keine Ideologie mehr und seien nur noch eine Art „linker Stachel“ im Fleisch sozialdemokratisch geführter Regierungen. Das Gegenteil treffe zu: Der real existierende Sozialismus habe durch seine Niederlage bewiesen, dass er auf partiell falschen analytischen Grundlagen beruhe. Sein Untergang habe das Feld für eine erneuerte marxistische Ideologie frei gemacht und der „sozialistischen“ Utopie ihre Stellung und mobilisierende Funktion zurückgegeben. Was zählt ist, dass

die Utopie zum sofortigen politischen Kampf auffordert. Sie geht einher mit einer Methodologie des politischen Handelns.

*Die Linke* stellt ein Projekt vor, das als Einladung zur Auseinandersetzung und zum Kampf angelegt ist. Es setzt sich aus zahlreichen „Fronten“ (Angriffsflächen) zusammen, an denen Sozialisten und *alle*, die sich aus dem einen oder anderen Grund dem System nicht verbunden fühlen, zur Mitarbeit eingeladen sind. Sie sollen tagtäglich das sozialistische Projekt neu erfinden und „im Kampf gegen das System“ gestalten. In diesem Sinne will *Die Linke* ideologisch beweglich sein. Sie behauptet ihre theoretische Modernität und präsentiert ein ideologisch synkretistisches Modell, das zwar um Marx artikuliert wird, das sich aber postmarxistischer soziologischer oder wissenschaftlicher Module bedient, welche aus Analysen von ATTAC (auch der Grünen) „entlehnt“ sind. So müssen die zwei Flügel der Partei sich nicht wirklich um die globale Kohärenz ihres Projekts kümmern. Da das ideologische und programmatische Angebot der *Linken* als Baustelle präsentiert wird, sind politische Umorientierungen und schnelle Änderungen der strategischen Prioritäten immer möglich. So steigt aktuell die Priorität des Pazifismus zu Lasten des Antifaschismus, weil immer mehr Wähler den Krieg in Afghanistan zunehmend ablehnen.

Zwar habe der Kapitalismus 1989 triumphiert, aber sein Sieg sei nur temporär. Schließlich sei er eine apokalyptische Bedrohung für die Menschheit. Letztere werde sich dieser Gefahr bewusst und reagiere darauf. Die aktuelle Krise des „Kasino-Kapitalismus“ habe zu einer verstärkten Infragestellung neoliberaler Dogmen geführt.

Überall kann man eine „Multitude“<sup>4</sup> von Gegnern finden, etwa in Gestalt der weltweiten Bewegung der Globalisierungsgegner, aber auch in den religiösen Fundamentalismen etwa des Islam. Deshalb gebe es Platz und Zukunft für einen neuen Sozialismus, der mit der kapitalistischen Vergangenheit vollständig brechen müsse. Aus der Perspektive der *Linken* gelten deshalb alle nicht-sozialistischen politischen Systeme der Gegenwart als illegitim. Gleiches gilt für die Eliten und Institutionen, die diese Systeme tragen und stützen. Um die kapitalistische Hegemonie zu brechen, um also die Menschheit aus existentieller Bedrohung zu erretten, sind *alle* Formen des Widerstandes – des inneren wie des äußeren – ebenso legitim wie die Eroberung der Macht an den Wahlurnen.

Um der Effizienz willen bricht *Die Linke* nicht nur mit dem sowjetischen Modell, sondern auch mit einer bestimmten „klassischen“ kommunistischen/sozialistisch-revolutionären Kultur des 19. Jahrhunderts. Die Vorstellung einer sofortigen „Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und des Handels“ findet sich höchstens noch in einigen wenigen Schriften der Kommunistischen Plattform. *Die Linke* stellt fest, unser Zeitalter sei dasjenige des Individuums, im Gegensatz zum vorherigen, dem „der Massen“. Die Individuen leben unter den neuen Rahmenbedingungen der Globalisierung. *Die Linke* will deshalb den demokratischen Sozialismus neu erdenken – nicht jenen des 19. Jahrhunderts bzw. der Industrialisierung, sondern den des Informationszeitalters und der Informationsgesellschaft.

*Die Linke* übernimmt und „verwertet“ nur Gracchus Babeuf (als Symbol der jakobinischen Radikalität der Französischen Revolution) und Marx (als Gründervater). Die Französische Revolution symbolisiert für sie eine Zeit höchster revolutionärer Leidenschaft. Ihre Verfechter machten sich auf den Weg zur Gleichheit, dem zentralen aktuellen Referenzwert der Partei. Verpflichtende Referenz bleibt Marx, da er den Kommunismus in der Moderne verankert hat. Die Französische Revolution von 1789 und Karl Marx gelten auch im 21. Jahrhundert als Wegbereiter des neuen Sozialismus.

*Die Linke* entwickelt ihr Projekt um den ursprünglichen Kern der Ablehnung jeder Ungleichheit: Diese soll zurückgedrängt werden, bis sie völlig verschwindet. Zunächst betrifft dies die Ungleichheit der Einkommen und der Vermögen, schließlich die ungleiche Teilhabe an all dem, was die Partei unter dem Begriff „Menschenrechte“ subsumiert.

Die Transformation der Gesellschaft müsse alle ihre Teile erfassen, denn nur so sei die Einhaltung der Menschenrechte tatsächlich möglich. Die Entwicklung steuern soll das Individuum selbst, dem allerdings die Räte als Handlungsrahmen angeboten werden. *Die Linke* versucht den Gegensatz zwischen dem „Sozialismus“-Projekt – einer politischen Gruppendynamik – einerseits und dem Individuum im Zentrum unserer Gesellschaften andererseits zu umschiffen. Sie offeriert eine Lösung: Der einzelne soll mit anderen in einer solidarischen Gemeinschaft leben und die Formen seines gesellschaftlichen Umgangs selbst wählen: Arbeit, Wohnung, Sexualität, Rechte und Pflichten. Der moderne Neokommunismus der *Linken* will also Antwort sein auf das reale Streben nach Indivi-

dualität, indem er den Menschen den Weg einer „fortschrittlichen“ Umwandlung der Gesellschaft vorschlägt. Die „neue“ Politik der Partei ist deshalb vor allem eine Methode der Aneignung von Gegenmächten, Macht und Einfluss, derer die einzelnen Bürger heute vom Kapitalismus und seiner kulturellen und administrativen Hegemonie „beraubt“ seien.

*Die Linke* hebt in ihrem Diskurs unablässig die Verschiedenheit der Lebensstile und gesellschaftlichen Freiräume der künftigen sozialistischen Gesellschaft hervor. Doch scheint dies in erster Linie für die Phase des Kampfes um die Macht zu gelten. Die – strategische – Befürwortung von Pluralität und Individualität kontrastiert mit der Logik des angestrebten, von der Partei umrissenen Systems, genießt doch darin das Kollektiv die absolute Priorität. Im Falle von Konflikten zwischen dieser dominierenden Sphäre und individuellen Lebensstilen und Freiräumen hat das Kollektiv grundsätzlich den Vorrang vor Individuen und ihren Rechten. Gleiches gilt für das Wirtschaftsleben, wo die gepriesene Vielfalt der Eigentumsformen immer dann zu weichen hat, wenn sie den ökonomischen Imperativen der sozialistischen Gesellschaft entgegensteht.

Hinter dem aktuellen Antikapitalismus der *Linken* auf Bundesebene und ihres Landesverbandes NRW findet sich immer noch eine Grundthese der kommunistischen Doktrin: die Annahme, der individuelle Reichtum und das Streben nach höchstem Profit seien die Ursache allen Übels und jeder Entfremdung. Die Befreiung von diesem Übel erfolgt laut Marx durch die Abschaffung des Privateigentums. Vor diesem Hintergrund werden die Feindbilder klar: Reiche, Bürger und Unternehmer müssten die Instrumente ihrer Macht – ihren Besitz – abgeben. Diesem einfachen Deutungsschema hängen Trotzlisten, KPF und Mitglieder der Antikapitalistischen Linken an. Der Reformflügel propagiert dazu ein breiteres, diffuses, aber seiner Natur nach komplementäres Projekt, das Feminismus, Antirassismus und individuelle Freiheit mischt.

Das vorgeschlagene Gegenmodell ist eine Gesellschaft der „Gleichen“, eine pazifistische und internationalistische klassenlose Gesellschaft – ohne Kapitalismus, ohne Rassismus. Diese Perspektive basiert auf einem marxistischen Verständnis von Wirtschaft, Gesellschaft und Geschichte.

Die Verteidigung des sozialistischen Projektes bestimmt die Rechte und Pflichten der Bürger. Sie bindet die Realisierung von Menschenrechten an das jeweilige Stadium des Aufbaus der idealen sozialistischen Gesell-

schaft. Das Gemeinwohl ist a priori festgelegt: Der Staat hat das Recht, sein Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsverständnis durchzusetzen und in den jeweiligen Entwicklungsstufen der Transformation die ihm sinnvoll erscheinenden Rechte zu gewähren. Der Ansatz der Reformen ist daher auf allen Ebenen nicht frei von autoritären oder gar totalitären Zügen.

Die Ökologie gilt der Partei vor allem als Gegenpol zur Logik des kapitalistischen Profits. In diesem Sinn reklamiert sie die ökologischen Thesen als ihre ureigene Domäne und geriert sich zutiefst ökologisch. Sie will zur „besseren Grünen Partei“ werden. Aus demselben Grund proklamiert sie ihren pazifistischen Charakter: Krieg sei ein privilegiertes Mittel des Kapitalismus zur Profitsteigerung und Gewinnsicherung.

Bleibt noch das Verhältnis zur Sozialdemokratie: Für *Die Linke* agiert diese heute innerhalb des Kapitalismus, dessen Zerstörungen sie „begrenzen“ und dessen Exzesse sie „ausgleichen“ will. *Die Linke* dagegen sieht sich als moralisches Korrektiv, als eine Art linkes Gewissen. Für die Partei von heute ist der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte im Sinne von Francis Fukuyama. Die neuen Revolutionäre hätten „objektiv“ – infolge der heutigen Krise des Kapitalismus – die Chance, ihre Vorherrschaft zurückzugewinnen. Die Sozialdemokratie dagegen könne eine antikapitalistische Ausrichtung nicht mehr durchhalten.

Dieses Erbe fiele der *Linken* anheim. Sie müsse es im Rahmen eines „konstruktiven Pluralismus“, der kritischen Solidarität innerhalb der linken Mehrheit, gemeinsam mit der SPD, im Notfall aber auch gegen sie (zum Beispiel in der Frage des Afghanistan-Krieges) pflegen und verteidigen.

*Die Linke* definiert, was sie unter dem Begriff der kritischen Solidarität versteht: „Druck von links“. Für die Partei liegt das Problem nicht grundsätzlich in der Geschwindigkeit zu treffender Maßnahmen, sondern in deren Wirkung, in deren „Radikalität“ (Lafontaine) im ursprünglichen Wortsinn: Die Partei will an die Wurzeln des Übels, das heißt, direkt an die Strukturen des Kapitalismus. Sie mahnt die Sozialdemokraten, ihre aktuelle Politik enttäusche die Wähler der demokratischen Linken, und erkennt bei der SPD eine durch den Liberalismus inspirierte Entwicklung. Für *Die Linke* ist linke Politik nicht „machtlos“ angesichts der kapitalistischen Hegemonie. Die Partei will die Bürger für einen neuen demokra-

tischen Aufbruch mobilisieren: Die „Teilhaber-Demokratie“ als erster Schritt zur Eroberung der politischen Hegemonie ist ihr Referenzmodell.

Es geht nicht mehr darum, die Gesellschaft in einen Bürgerkrieg zu führen. Das neo-liberale System soll nicht zerstört, sondern von innen „überwunden“ werden. Die Mittel für diese allmähliche Überwindung lassen sich in dem Begriff „ständig radikal sein, oft extremistisch“ zusammenfassen. Das System soll ausgehöhlt werden, in dem die „Freiräume der Bürger“, das „Recht auf Einmischung“ des Volkes, die „Radikalität“ der Partei und ihrer Verbündeten vernetzt und beständig ausgeweitet werden.

Dabei ist die „Einmischung der Bürger“ zur geheiligten Vokabel geworden. Motor der großen Reformen sei die tägliche soziale Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen Kräften, den sie unterstützenden Strukturen und dem „Arbeiterbürger“, dem „Verbraucherbürger“ usw.

„Gleichheit zuerst“ ist das Ziel der Partei. Sie basiert auf zahlreichen (Menschen)Rechten: dem Recht auf Arbeit, auf Wohnung, auf Würde, auf Freizeit, auf freie Erziehung, Sexualität usw. Ihre tatsächliche Umsetzung, die Transformation der Gesellschaft also, brächte eine Welt hervor, in welcher – so *Die Linke* – im christlichen Sinne geteilt würde. Die permanente Bezugnahme auf die Menschenrechte erhellt eine Reihe von politischen Implikationen des Projekts *Die Linke*.

Alle demokratischen politischen Parteien stellen die Menschenrechte ins Zentrum ihrer ethischen und verfassungsrechtlichen Konzeptionen. Damit erhält das Individuum Vorrang vor allen kollektiven Formen und Organisationen. Wenn *Die Linke* die freie Entfaltung der Individualität, Selbstbestimmung jedes Menschen und solidarische Lebensverhältnisse als notwendige Voraussetzung für ein „menschenwürdiges Dasein“ fordert, so scheint sie dieselben Werte zu vertreten. Jedoch bereitete es ihr im NRW-Wahlprogramm große Probleme, das Individuum über das Kollektiv zu stellen. Der Sozialismus versteht sich vor allem als kollektives Organisationsprinzip zum Schutze des Individuums vor der Bedrohung durch den Kapitalismus. Die Partei will als Motor des Widerstandes fungieren. Zu Recht geht sie davon aus, dass alle Menschen die Möglichkeit haben sollten, unter guten materiellen Bedingungen (Güterversorgung, Gesundheit, Bildung usw.) zu leben; die Emanzipation des Individuums müsse ein „Universalrecht“ sein. Der entscheidende Unterschied zu den demo-



kratischen Parteien liegt in der Vorstellung von der Universalität dieser Rechte und dem Verhältnis zum Kollektiv. Die Linke räumt Kollektivrechten mindestens denselben Rang wie Individualrechten ein.

Im Konfliktfall haben die Ansprüche der Gesamtheit Vorrang vor denjenigen der Individuen. Diese philosophische Wahl der Partei hat schwerwiegende juristische und soziale Folgen. Charakteristisch für die von der *Linken* aufgeführten Rechte ist, dass sie nicht als übergeordnete Universal-, sondern als spezifische, einklagbare Privatrechte – auf Freiheit, Arbeit, soziale Sicherung, Wohnung – verstanden werden.

*Die Linke* ist der Überzeugung, jede Minderheit, jede soziale Gruppe besitze als Gruppe dieselben Grundrechte wie der Einzelne. Abgesehen davon, dass sie dabei im Gegensatz zum Grundgesetz steht, ist diese doppelte Konstruktion als Strategie der Partei zu verstehen. In der Gesellschaft sollen sich die unterschiedlichen Interessen als autonome Gegenmacht konstituieren. Der „herrschenden Machtpolitik“ stellt *Die Linke* die Politik der Zivilgesellschaft gegenüber.

Wenn diese Gegenmacht die Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis (Eroberung der Zivilgesellschaft) dominiert, kann die Partei zur Transformation der Gesellschaft und zur Überwindung des Kapitalismus schreiten. Es stellt sich die Frage, wie dies geschehen soll. Sollten die verschiedenen Spannungen und Widerstände zunehmen, so könnten die kollektiven Rechte Vorrang vor den individuellen erlangen. Diese Neugewichtung könnte zur Geburtsstunde eines anderen, eines autoritären, ja sogar totalitären politischen Systems werden.

Die kommunistischen Parteien der Vergangenheit haben die Menschenrechte immer für den Klassenkampf instrumentalisiert – der bekannteste Fall ist derjenige der Frauenrechte. *Die Linke* ist zwar keine klassische kommunistische Partei, vermag sich von diesen Traditionen jedoch nicht gänzlich zu lösen. Ihr Wahlprogramm in NRW und die Debatten über die Frauenpolitik unterstreichen dies.<sup>5</sup> Wenn *Die Linke* sich auf Menschenrechte beruft, ist dies eine Begleitstrategie des Diskurses „Klasse gegen Klasse“. Es gilt, sozialen Widersprüchen jene politische Ausdrucksform zu verleihen, mit der sie wirksam ausgetragen werden und Grundstrukturen in Politik und Wirtschaft verändern können.

Im Sinne dieses Projekts darf kein einziges Element der bestehenden politischen Systeme unverändert bestehen bleiben. Die „Demokratisierung der Demokratie“ gründet sich auf die Vervielfachung plebiszitärer Praktiken und Strukturen, insbesondere von Räten. Damit sollen die aktuellen Formen des Parlamentarismus ihrer Funktion beraubt und ihres Sinnes entleert werden. Parteien und Interessengruppen verlieren ihre Legitimität zugunsten von Räten, wie sie für eine „Volksdemokratie“ konstitutiv sind. Deren treibende Kraft ist aber nicht das Volk, sondern die Anhängerschaft des sozialistischen Projekts.

Über ihre theoretischen Überlegungen hinaus macht *Die Linke* nur ganz selten konkrete Vorschläge, noch weniger über Finanzierungsmöglichkeiten. Ihre wirtschaftlichen Vorstellungen werden insgesamt von einem neo-keynesianischen Ansatz beherrscht, der von der Notwendigkeit einer aktiven staatlichen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik ausgeht. Die staatliche Intervention auf allen Ebenen wird ergänzt von einem „Demokratisierungsprogramm“ der Wirtschaft, welches faktisch die Dominanz der Politik über die Mechanismen der wirtschaftlichen Regulierung fest schreibt.

*Die Linke* versteht sich als Gegenmacht zu den „Verwertungsinteressen des Kapitals“. Ihr dualistisches Weltbild macht staatliche Lenkung – mit einem ausgeprägt antimarktwirtschaftlichen Affekt – und enteignungsgleiche Eingriffe in das Privateigentum der „besitzenden Klasse“ unverzichtbar. Im Wahlprogramm fordert *Die Linke.NRW* eine Vervielfachung der Verstaatlichungen und der Kontrollen der Industrie. Eines der zentralen Elemente der Transformation der Gesellschaft ist, wie oben beschrieben, die Verankerung von „Menschenrechten“ – z.B. Recht auf Arbeit, auf Wohnung, auf Bildung sowie auf soziale Grundsicherung – im Grundgesetz. Diese Forderung impliziert das Ende des freiheitlichen Staates: Nur ein Staat, der über die Arbeitsplätze und Produktionsmittel verfügt, kann ein in der Verfassung verankertes „Recht auf Arbeit“ garantieren. Logischerweise müssen dann auch Investitionen gesellschaftlich gelenkt werden.

*Die Linke* hat den Populismus zu einem zentralen Kommunikationsprinzip mit den Wählern – insbesondere mit einem beachtlichen Protestpotenzial – erhoben. Er ist nicht auf eine bestimmte Altersgruppe, ein Geschlecht oder eine Wählerschicht begrenzt. Der Rückgriff auf den Populismus ist grundsätzlich noch nichts Negatives. Es handelt sich dabei um eine

Kommunikationstechnik, die auch alle demokratischen Parteien nutzen, um ihre politischen Botschaften möglichst vielen Wählern nahe zu bringen. In diesem Sinne müssen CDU, SPD oder *Die Linke* bei ihren Wahlkämpfen „populistisch“ sein. Allerdings täuscht diese Bezeichnung. Die populistische Ansprache der *Linken* unterscheidet sich ganz wesentlich etwa von derjenigen der anderen Parteien bezüglich ihrer Berufung auf das Volk: Die Linke geht von einer tiefen Kluft zwischen „dem Volk“ und den an der Macht befindlichen Kräften aus. CDU und SPD appellieren bei ihrer Suche nach Mehrheiten zwar ebenfalls an das Volk, aber mit dem Ziel, für ihr jeweiliges gesellschaftliches Projekt Mehrheiten zu gewinnen. Die beiden großen Volksparteien zielen mithin auf Konsens und Integration: Eine wachsende Mehrheit der Bürger soll sich für ein bestimmtes Programm oder eine politische Vision entscheiden, und zwar innerhalb des bestehenden politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und konstitutionellen Rahmens.

Der Populismus der *Linken* baut dagegen in erster Linie auf eine Dialektik der Ablehnung (des Kapitalismus, der politischen Eliten, der Institutionen, usw.). Die Partei will bei Wahlen oder zur Ausübung von Druck im außerparlamentarischen Kampf alle Protestbewegungen und -kräfte in einem Mehrheitsblock sammeln. Er bedarf keiner starken ideologischen Kohärenz, abgesehen von einer oppositionellen/systemfeindlichen Grundeinstellung. *Die Linke* glaubt an diese Strategie, denn sie vermeint, bei den Nichtwählern und bei den Wählern der klassischen Parteien einen mehr oder weniger bewussten Willen zur Transformation zu verorten.

Für *Die Linke* bringt dieses Modell eine Reihe dialektischer Vorteile: Es ermöglicht ihr, sich sowohl als klassische Partei wie auch als Bewegung darzustellen. Zudem kann sie darauf beharren, dass ihre aktuelle Schwäche im Westen und besonders in NRW nur vorübergehend sei. Um diese These zu untermauern, führt *Die Linke* das Argument an, ihre Wahlerfolge 2005 und 2009 seien eine logische Folge der Legitimitätskrise der Volksparteien in Deutschland. Diese Krise sei ebenso von Dauer wie diejenige des kapitalistischen Systems insgesamt. Auch die Wählerzustimmung bei den Kommunalwahlen in den alten Bundesländern, wie begrenzt sie auch immer war, nutzt *Die Linke* als Argument für ihren erhofften Durchbruch bei den Wahlen in NRW.

Das Projekt *Die Linke*, wie es die Partei seit 2007 verfolgt und innerparteilich betreibt, scheint uns immer noch in klarem Widerspruch zu den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen. Die Methode eines Oskar Lafontaine – einfache Antworten ohne Kohärenz – entspricht einem Bedürfnis der Bürger, die von der Komplexität der neuen gesellschaftlichen Umgebung (europäische Integration, Globalisierung, Informationsgesellschaft) überfordert sind. *Die Linke* vermindert kollektive Ungewissheiten, indem sie Lösungen verspricht. Ihr populistisches Angebot wird umso bereitwilliger angenommen, als sie de facto allein auf einem Teilmarkt agiert, auf dem sich die übrigen Parteien zu ruhig verhalten. Sie versteht es, Träume wachzurufen, indem sie sich auf eine demokratisch-sozialistische Welt der Gleichheit und der Freiheit beruft.

Sowohl die Landespartei NRW als auch die Bundespartei *Die Linke* erscheint in ihrer programmatischen Logik als radikale Antisystempartei mit ausgeprägtem extremistischem Ansatz. Sie ist allerdings keine kommunistische Partei klassischen Typs mehr, sondern gleichzeitig neo- und postkommunistisch. Eine Gesamtauswertung der programmatischen Vorschläge der Partei (NRW-Wahlprogramm, Positionspapiere der AGs, IGs sowie der unterschiedlichen Programmdiskussionen) zeigt, dass *Die Linke* zutiefst in der marxistischen Weltanschauung und Logik verwurzelt ist.

Ansätze einer „echten“ Sozialdemokratisierung sind nicht zu beobachten. *Die Linke* verfügt 2010 über eine kollektive Identität, die sich zwar von Strömung (Reformer) zu Strömung (Antikapitalistische Linke) in gewissen Punkten unterscheidet, deren gemeinsame Dimensionen sich aber bei allen „Sensibilitäten“ durchsetzen. Sie ist kein monolithisches Bauwerk, sondern ähnelt einer Mauer, deren tragende Steine durch den ideologischen Mörtel des Antikapitalismus und des Scheiterns des „real existierenden Sozialismus“-Projektes untereinander verbunden sind und zusammengehalten werden. Die aufgeführten Aspekte lassen nur einen Schluss zu: *Die Linke* ist eine antidemokratische Partei. Ihr politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles Projekt ist seiner Natur und seiner Logik nach totalitär und droht die freiheitlichen Prinzipien unserer Gesellschaft zu zerstören.

- 1| *Auf Bundesebene schließlich sieht die Partei den Antifaschismus als Instrument zur Legitimation der Existenz der DDR.*
- 2| *Siehe Europawahlprogramm 2009, <http://www.die-linke.de/index.php?id=4497>.*
- 3| *Siehe: <http://www.antikapitalistische-linke.de>.*
- 4| *Michael Hardt, Antonio Negri, Multitude: Krieg und Demokratie im Empire, New York 2004.*
- 5| *Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann, Umverteilen steht ganz oben. Vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen: Zum „Hammer“ Programm der LINKEN: Original sozial – konsequent solidarisch, in: [http://www.die-linke.de/index.php?id=181&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=11595&tx\\_ttnews\[backPid\]=154&no\\_cache=1](http://www.die-linke.de/index.php?id=181&tx_ttnews[tt_news]=11595&tx_ttnews[backPid]=154&no_cache=1).*

## DER AUTOR

*Professor Dr. Patrick Moreau,  
Spezialist für Fragen des Links- und Rechtsextremismus, zahlreiche Veröffentlichungen in französischer und deutscher Sprache.*

## ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Viola Neu  
Kordinatorin Wahl- und Parteienforschung  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
10907 Berlin  
Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 06  
E-Mail: [viola.neu@kas.de](mailto:viola.neu@kas.de)*

**ZUKUNFTSFORUM POLITIK**

[http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum\\_politik.html](http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html)

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem nebenseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplaren geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: [publikationen@kas.de](mailto:publikationen@kas.de)

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

**ZUKUNFTSFORUM POLITIK**

**BESTELLUNG**

Kurztitel	Heftnummer	Preis

\* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

**Absender**

\_\_\_\_\_  
Vor- und Zuname

\_\_\_\_\_  
Straße / Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ / Ort

\_\_\_\_\_  
Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin

Fax: 0 22 41 / 2 46-2479  
E-Mail: [robert.bischoff@kas.de](mailto:robert.bischoff@kas.de)

## ZUKUNFTSFORUM POLITIK

### BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

## ZUKUNFTSFORUM POLITIK

### BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme, Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzsichtige Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem. Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im Gesundheitswesen  
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices  
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.  
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health System

## ZUKUNFTSFORUM POLITIK

### BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –  
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien  
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –  
A review of the debate in central and western Europe, the United  
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der  
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-  
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-  
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
- 88 | Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der  
Kommunen | UN Guidelines on decentralization and the  
strengthening of local authorities
- 89 | Deutschland in der Globalisierung – Auswirkungen und Handlungs-  
ansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern
- 90 | Die Entzauberung der Extremisten? – Erfolgsbedingungen der NPD  
im internationalen Vergleich

## ZUKUNFTSFORUM POLITIK

### BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 91 | Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie
- 92 | Der „zweite Frühling“ der NPD – Entwicklung, Ideologie,  
Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei
- 93 | Die Freien Wähler in Deutschland – Geschichte – Strukturen –  
Leitlinien
- 94 | „Die Linke“ – Entstehung – Geschichte – Entwicklung
- 95 | Prävention bis ins hohe Alter
- 96 | „Die Linke“ – Bündnis- und Koalitionspolitik der Partei
- 97 | „Die Linke“ – Politische Konzeptionen der Partei
- 98 | Rechts- und Linksextremismus in Deutschland – Wahlverhalten und  
Einstellungen
- 99 | „Impulse 2020“ – Akzente zukünftiger deutscher Außenpolitik
- 100 | Obama und das Internet – Tipps für den modernen Internetwahl-  
kampf
- 101 | Soziale Gesundheitswirtschaft – Ordnungsrahmen für ein  
zukunftsfähiges Gesundheitssystem  
Englische Ausgabe: The Social Health Economy – A Regulatory  
Framework for a Healthcare System to meet the Challenges of the  
Future
- 102 | Innovative Ansätze im Krankenhaussektor – Best-Practice-Beispiele
- 103 | Herausforderungen der Bioethik
- 104 | Väter zwischen Karriere und Familie

**ZUKUNFTSFORUM POLITIK**

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

105 | Freiheit oder Sozialismus – *nur als Online-Publikation erhältlich*